

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Dieter Fröhlich

Arbeit, Beruf und Bildungsverhalten

7. Jg./1974

4

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D.
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104
zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Büttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Heilberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin, Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de; (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: gerd.peters@iab.de; (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de; Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten: Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Arbeit, Beruf und Bildungsverhalten¹⁾

Dieter Fröhlich*

Das gegenwärtig kaum noch diskutierte Problem des niedrigen Anteils von Arbeiterkindern im Sekundarschul- und Hochschulsystem der Bundesrepublik ist, trotz der Bildungserwerb der letzten Jahre, im Prinzip weiter ungelöst. Diese Frage wird hier unter zwei Schwerpunkten behandelt: Welche informellen Zugangfilter bestehen im System der Sekundarschulbildung mit formal gleichen Zugangschancen? Welche Bevölkerungsgruppen werden von diesen Filtern erfaßt und warum? Die theoretischen Erklärungen werden z. T. mit Daten aus einer eigenen empirischen Untersuchung belegt.

Ergebnisse: Als sozial siegierende und diskriminierende Zugangfilter wirken: a) das dreigliedrige Schulsystem mit der Notwendigkeit einer elterlichen Übergangsentscheidung; b) das Bild des deutschen Gymnasiums in der Öffentlichkeit; c) die Art schulischer Leistungsmessung und die Übergangsempfehlung durch die Grundschule; d) die schichtspezifisch unterschiedlichen Reaktionen der Eltern auf Schulleistungen und Übergangsempfehlungen.

Nach unseren empirischen Daten blieben im Schuljahr 1971/72 in Nordrhein-Westfalen ca. drei Viertel der Arbeiterkinder auf der Hauptschule, dagegen nur ca. 36 % bzw. 31 % der Angestellten- und Beamtenkinder. Jedes zweite Kind aus Beamtenfamilien besuchte ein Gymnasium, dagegen nur jedes zehnte Arbeiterkind. — Die Schulbildung des Vaters spielt eine große Rolle für den Schulbesuch des Kindes. Nur ein Drittel der Kinder von Vätern mit Volksschulbildung besuchte eine weiterführende Schule. Bei den Vätern mit Abitur und evtl. Hochschulbildung sind es jedoch 90 %. Volksschulbildung wird in ihrer Wirkung jedoch teilweise kompensiert durch die erreichte berufliche Stellung: Wenn Volksschulbildung nur zum Arbeiterstatus geführt hat, besuchen 76 % der Kinder dieser Gruppe die Hauptschule. Wurde eine Angestellten- oder Beamtenposition erreicht, liegen die Hauptschüleranteile nur noch bei 49 % bzw. 39 %.

Die von der beruflichen Stellung ausgehenden Wirkungen auf die Schulwahl werden besonders deutlich im Vergleich von Arbeitern und Selbständigen mit den gemeinsamen Merkmalen „Volksschulbildung“ und „Lehrausbildung“. 72% dieser Arbeiterväter lassen ihr Kind auf der Hauptschule, dagegen nur 52 % der Selbständigen. Die Wahl der Hauptschule ist demnach insbesondere auf den Arbeiterstatus zurückzuführen und nicht so sehr auf Schulbildung und Berufsausbildung.

Objektive finanzielle Belastungen, die durch den Besuch weiterführender Schulen entstehen bzw. entstehen können, spielen offensichtlich keine bedeutsame Rolle bei der Schulwahl. Bei gleichen Einkommen ist der Anteil von Angestellten- und Beamtenkindern auf Sekundärschulen ca. doppelt so hoch wie der der Arbeiterkinder. Erst bei der Einschätzung langfristiger Kosten im Zusammenhang mit dem Hochschulbesuch, der sich fast automatisch an den Gymnasialbesuch anschloß, werden bei den Arbeitern relativ große Unsicherheit und Informationsmangel spürbar. Je größer diese Unsicherheiten und Informationslücken, desto geringer wird die Chance eines Arbeiterkindes zum Besuch einer weiterführenden Schule.

Gliederung

1. Die Bildungsdiskussion unter dem Aspekt der Chancengleichheit
 - a) Problemstellung
 - b) Die Bedeutung von Beruf und Bildungssystem für Chancenzuweisung
2. Schichtspezifisch wirksame Filter im Bildungssystem der Bundesrepublik Deutschland
 - a) Das Schulsystem und das Image des deutschen Gymnasiums
 - b) Leistungsmessung, Übergangsempfehlungen und elterliche Reaktionen
3. Das subkulturelle Milieu als Bildungsbarriere
 - a) Gymnasialbesuch als bevorzugte Adoleszenz
 - b) Hauptschulbesuch und Lehre als benachteiligte Adoleszenz
4. Typen der Lehrausbildung und ihre Konsequenzen
5. Bildungspolitische Möglichkeiten und Grenzen
6. Der Einfluß demographischer Merkmale auf die Schulwahl
 - a) Die soziale Herkunft der Schüler in verschiedenen Schularten
 - b) Berufliche Stellung des Vaters
 - c) Schulbildung des Vaters
 - d) Berufsausbildung des Vaters
7. Sekundarschulbildung – eine Kostenfrage?
 - a) Einkommen, Kostenerwartungen und Schulwahl
 - b) Langfristige Kostenerwartungen
8. Ausblick

* Der Autor ist wissenschaftlicher Angestellter im Institut zur Erforschung sozialer Chancen (Berufsforschungsinstitut) in Köln und Lehrbeauftragter an der Universität zu Köln.

¹⁾ Dieser Artikel ist im wesentlichen die Kurzfassung eines Forschungsberichts des Autors unter dem Titel „Arbeit, Beruf und Bildungsverhalten. Eine empirische Untersuchung über das Bildungsverhalten von Eltern in NRW.“ Teil I, Köln, Dezember 1973 (Bericht Nr. 6 des Instituts zur Erforschung sozialer Chancen, Köln). Teil II, der insbesondere die Einflüsse der Arbeitswelt auf das Bildungsverhalten behandelt, befindet sich in Arbeit. — Die bibliographischen Nachweise wurden in diesem Artikel stark reduziert.

²⁾ Vgl. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Bericht der Bundesregierung über die wirtschaftliche und soziale Sicherung des Studiums, Bonn 1974 (Bundestagsdrucksache 7/2116), S. 17.

1. Die Bildungsdiskussion unter dem Aspekt der Chancengleichheit

a) Problemstellung

Der niedrige Anteil von Arbeiterkindern im Sekundarschul- und Hochschulsystem der Bundesrepublik Deutschland, die Suche nach Erklärungen für diese Situation sowie nach Möglichkeiten ihrer Überwindung waren gegen Ende der sechziger Jahre hoch-

aktuelle Themen. Heute sind sie aus der öffentlichen und sozialwissenschaftlichen Diskussion weitgehend verschwunden, ohne daß die angesprochenen Probleme überzeugend gelöst wären. Die Bildungswerbung war im Prinzip ein Fehlschlag: sie hat die sozialen Schichten, für die sie intendiert war, im wesentlichen nicht erreicht. Daran ändert u. E. auch die Tatsache nichts, daß sich der Anteil der Studenten aus Arbeiterfamilien von den fünfziger Jahren bis heute (Sommersemester 1973) auf 11,5% verdoppelt hat²). Unter Beachtung eines Arbeiteranteils von 51,1 % an der Gesamtheit der Erwerbstätigen nimmt sich dieser Prozentsatz immer noch bescheiden aus.

Gegenwärtig müssen wir sogar — im Zusammenhang mit der Numerus-Clausus-Diskussion beim Hochschulzugang — eine Gegenströmung befürchten: Faktisch besitzt die Warnung vor dem Abitur aus Gründen des erschwerten Hochschulzugangs eine Entmutigungswirkung, die zwar an alle Schichten gerichtet ist, jedoch mit aller Wahrscheinlichkeit wiederum sozial siegerierend wirkt.

Wenn wir mit diesen Ausführungen trotzdem ein Plädoyer für den verstärkten Besuch weiterführender Schulen und Hochschulen durch Arbeiterkinder verbinden, angesichts einer Situation, in der das Abitur als „Fehlstart ins Leben“ (Der *Spiegel*) bezeichnet wurde, so bedarf dies einer Begründung:

Unser heutiges, faktisch zwischen Volksschule und Universität polarisiertes Bildungssystem befindet sich in einer Sackgasse. Die Lösung des Problems kann nur in einer Aufhebung dieser Polarisierung bestehen, in der Schaffung mittlerer Bildungs- und Ausbildungswege. Das heutige Abitur, dessen Hauptwert als Eintrittskarte in die Hochschule zunehmend sinkt, muß einen berufsbezogenen Eigenwert erhalten. Die Einsicht in die Notwendigkeit dieser und ähnlicher Reformen wächst gerade in diesen Tagen. Bis zu ihrer Verwirklichung werden auch unter den günstigsten Voraussetzungen viele Jahre vergehen. Bis dahin müssen die Möglichkeiten des bestehenden Bildungssystems ausgeschöpft werden.

Unter diesen Bedingungen muß u. E. die Chance der Arbeiterkinder erhöht werden, um die knappen Studienplätze erfolgreich konkurrieren zu können. Bisher fand dieser Wettbewerb weitgehend unter den Kindern und Jugendlichen der Mittel- und Oberschicht statt.

Der Sekundarschulbesuch muß ferner unter dem Aspekt der qualitativen Wirkungen der Quantität formaler Bildung gesehen werden: Es hat sich immer wieder gezeigt, daß allein schon die zeitliche Dauer der Schulbildung zu Konsequenzen im Bereich sozialen Verhaltens führt, die weit über den Wissenserwerb hinausreichen: Mit der Zahl der Schuljahre steigen z. B. die politischen und kulturellen Interessen, die Lernfähigkeit und die Weiterbildungsbereitschaft im Erwachsenenalter; es wächst die Fähigkeit zu gesellschaftlicher Partizipation. Auch ein positiver Zusammenhang zwischen der Zahl der Schuljahre und der Intelligenzentwicklung konnte nachgewiesen werden³).

Schon allein aus diesen Gründen ist ein breitgestreuter Sekundarschulbesuch positiv zu bewerten. Daß durch eine mögliche „Inflationierung“ von Sekundarschul- und Hochschulabschlüssen diese Ausbildungs-

wege in ihrem gesellschaftspolitischen Anspruch abgewertet werden, wäre eine für uns durchaus wünschenswerte Konsequenz.

Wir sehen das Problem „Arbeiterkinder und weiterführende Schule“ unter dem Aspekt der Chancengleichheit. Dieses Leitmotiv wurde in der Bildungsdiskussion der Bundesrepublik erst relativ spät aufgegriffen. Die Mitte der sechziger Jahre bildet hier einen markanten Wendepunkt: Die Veröffentlichung von Georg *Pichts* „Die deutsche Bildungskatastrophe“ im Jahre 1964 und *Ralf Dahrendorfs* „Bildung ist Bürgerrecht“ (1965) markieren — überspitzt formuliert — das Ende einer alten und den Beginn einer neuen Problemsicht. *Picht* bewegt sich noch ganz in der Tradition, in der Bildungsprobleme im Nachkriegsdeutschland gesehen wurden: „Bildungsnotstand heißt wirtschaftlicher Notstand“ (*Picht*) und dieser wiederum beeinträchtigt die politische Konkurrenzfähigkeit der westlichen Demokratien gegenüber dem Kommunismus Osteuropas. Bildung wurde primär gesehen im Hinblick auf „Systemüberlegenheit“, und diese wurde gemessen an Wirtschaftswachstum und -Potential. Die Suche nach „Begabungsreserven“ diente der Stärkung der Konkurrenzfähigkeit im Ost-West-Konflikt.

Dahrendorfs „Bildung ist Bürgerrecht“ verschob die Akzente der Diskussion vom „manpower“-Ansatz zum Problem der Chancengleichheit verschiedener sozialer Gruppen und Schichten. Nicht mehr die Bedürfnisse des Wirtschaftssystems, sondern die Bedürfnisse von Gruppen und Individuen in diesem System und in der Gesellschaft rückten in den Vordergrund. Es war einmal die eklatante Unterrepräsentierung westdeutscher Arbeiterkinder im Sekundarschulsystem und an den Universitäten und die damit verbundene Beschränkung sozialer Chancen, die einer breiten Öffentlichkeit bewußt wurde; es wurden aber auch andere unterprivilegierte Gruppen lokalisiert: Katholiken, Mädchen und die Landbevölkerung.

Worum geht es in erster Linie, wenn die Begriffe Chancengleichheit und Bildungssystem in Verbindung gebracht werden? Wichtigster Anknüpfungspunkt ist die Beobachtung, daß in allen westlichen Industriestaaten die Institutionen der „gehobenen“ Bildung und Ausbildung, die Sekundarschulen und Universitäten, von bestimmten Bevölkerungsgruppen und sozialen Schichten relativ stark gemieden bzw. ihre Möglichkeiten nicht genutzt werden; oder in einer anderen Sicht: daß bestimmte Gruppen und Schichten vom Sekundarschul- und Universitätsbesuch weitgehend ausgeschlossen bleiben.

Diese Beobachtungen treffen prinzipiell — wenn auch mit erheblichen Gradunterschieden — für alle Industriestaaten zu, selbst für die sozialistischen Länder; das Ausmaß der Unterrepräsentierung gerade der Arbeiter ist jedoch in der Bundesrepublik besonders kraß. Die Konsequenzen dieser sozial ungleich verteilten Schulbesuchsquoten lassen sich nur ermessen, wenn wir Inhalt und Begriff der Chancengleichheit und die Funktion von Bildung und Ausbildung in der Industriegesellschaft präzisieren.

b) Die Bedeutung von Beruf und Bildungssystem für Chancenzuweisung

„Chancengleichheit“ soll verstanden werden als die Chance gleichen Zugangs zu bevorzugten Lebens-

³) Vgl. Anne Anastasi, *Differential Psychology. Individual and Group Differences in Behavior*, New York, 3. Aufl., 1958.

lagen, wobei letzterer Begriff über den gebräuchlichen Terminus „Lebensstandard“ hinausgeht. In der Lebenslage sehen wir einen Komplex verschiedener Einzelatbestände wie Einkommen und Konsummöglichkeiten, soziale Wertschätzung und Prestige, soziale und materielle Sicherheit, physiologische Lebensumstände, äußere Umstände und psychische Wirkungen der Arbeitstätigkeit, kognitive Fähigkeiten, Zugang zu Informationen und Meinungen. Bevorzugte und benachteiligte Lebenslagen unterscheiden sich in den verschiedenen Graden der Verwirklichung dieser Einzelatbestände für das Individuum.

In der modernen Industriegesellschaft zentrieren sich Lebenslagen im Prinzip um den Beruf des Individuums. In der Charakterisierung der Industriegesellschaft als Berufsgesellschaft findet die Bedeutung des Berufs ihren begrifflichen Ausdruck.

Uns interessieren in diesem Zusammenhang einige Funktionen des Berufs für Individuen:

Er weist seinem Träger eine Position in einer hierarchisch vorgestellten und tatsächlich so empfundenen Rangordnung des Sozialprestiges zu; das aus der Berufstätigkeit erzielte Einkommen setzt für fast alle Mitglieder unserer Gesellschaften die Höhe des Lebensstandards und die Konsummöglichkeiten fest, und dies nicht nur für den Berufstätigen selbst, auch für die von ihm Abhängigen — Ehefrau und Kinder.

Der Beruf hat ferner eine außerordentlich wichtige Bedeutung als Bindeglied zwischen Privatheit und Öffentlichkeit. Er ist „eine der wenigen und die wichtigste Primärerfahrung, die dem Menschen heute noch von der größeren sozialen Umwelt zur Verfügung steht“⁴⁾. Der größere Teil der heutigen Öffentlichkeits-erfahrung kommt „aus zweiter Hand“ — aus den sekundären Umwelten der Massenmedien. Hier können Informationen nicht mehr direkt auf ihre Genauigkeit kontrolliert, sie können nur noch geglaubt werden. Inwieweit die direkten Erfahrungen mit der Öffentlichkeit, überwiegend sind das die Berufserfahrungen, als Interpretationsschemata zur Bewertung der indirekten Öffentlichkeits-erfahrungen dienen, muß offenbleiben. Die Wahrscheinlichkeit einer weitgehenden Übertragung von Erfahrungen im Berufsleben auf die Interpretation von Informationen aus den Massenmedien erscheint uns sehr groß. Schließlich ist „berufliches Handeln und berufliches Spezialistentum... die Grundlage von Leistungen, die der berufstätige Mensch sich heute noch als Leistungen seiner Person zurechnen kann“⁵⁾. Die Erfahrung eigener Leistung vermittelt nicht nur soziale, sondern auch persönliche „Handlungs- und Welt-sicherheit“ (Schelsky). Der Beruf dient somit auch der „Umwelt-“ und „Innenstabilisierung“ der Person (Schelsky).

Zwei Bedeutungsschwerpunkte des Berufs sind hier sichtbar geworden: Der Beruf als Status- und prestige-verleihende Institution, mit unterschiedlichen ökonomischen und immateriellen Gratifikationen, und zwei-

tens die Funktion des Berufs als zentraler Erfahrungsbereich mit prägenden Einflüssen nicht nur für Einstellungen und Verhaltensweisen im beruflichen Handlungsfeld, sondern auch in einer Vielzahl anderer Bereiche. Diese zweite Funktion läßt beruflich geprägte, in ihrer Wirkung aber weit streuende Erlebnis- und Verhaltensorizonte erwarten, und zwar unterschiedlich nach bestimmten Berufsfeldern und Positionen.

Das System der formalen Bildung ist dem Beruf vorgelagert. In vielfältiger Weise strukturiert es die späteren Berufsmöglichkeiten. Bildung wird „in einem nie gekannten Ausmaß ein Schlüssel zu sozialen Positionen“⁶⁾, und dadurch erhält das Bildungssystem den Charakter der „bürokratischen Zuteilungsapparatur von Lebenschancen“ (Schelsky).

Der Sekundarschulbesuch ist jedoch nicht nur ein Mittel des Wissenserwerbs und der Berufsvorbereitung; er hat — und besonders ausgeprägt in Deutschland — den Charakter einer sozialen Demonstration, eines Statussymbols: „Die Entscheidung, wer als gebildet zu gelten hat, ist im Bewußtsein der Bevölkerung mit dem Ende der Schulzeit gefallen“⁷⁾. Damit erhält der Schulbildungsgrad den Charakter eines zugeschriebenen Merkmals einer Person, das sein Träger zeit seines Lebens nicht mehr verlieren kann.

2. Schichtspezifisch wirksame Filter im Bildungssystem der Bundesrepublik Deutschland

a) Das Schulsystem und das Image des deutschen Gymnasiums

Wichtigste Voraussetzung der Chancengleichheit in der Bildung ist der freie und gleiche Zugang zum Bildungssystem. Diese juristische Voraussetzung ist in fast allen Industrieländern heute gegeben. Jedoch verweist die Tatsache weiterbestehender extremer Über- bzw. Unterrepräsentierung sozialer Schichten in unserem Sekundär- und Hochschulsystem auf die Existenz anderer, informeller, aber kaum weniger wirksamer Zugangsbarrieren.

Das dreigliedrige Schulsystem ist der am häufigsten identifizierte Zugangfilter. Das Problem dieser Schulstruktur liegt darin, daß nach dem 4. Volksschuljahr eine Entscheidung über den weiteren Schulweg getroffen werden muß, eine Entscheidung, die im Normalfall irreparabel ist. Dieses „Übergangsproblem“ ist besonders gravierend, weil die Betroffenen eines verpaßten Übergangs, die Kinder, im entscheidenden Zeitpunkt zu jung sind, diese Entscheidung selbst zu beeinflussen oder — wo sie gefragt werden — die Konsequenzen ihrer Entscheidung nicht überblicken können. Ihre Eltern handeln stellvertretend für sie, entsprechend ihren kulturellen Standards, ihren Informationen, Lebenserfahrungen und Wünschen. Im Fall der unteren Sozialschichten und speziell der Arbeiter müssen Eltern für ihre Kinder Entscheidungen über Schultypen treffen, die ihnen weitgehend fremd sind, mit denen sie keine persönliche Erfahrungen haben.

Das Image des deutschen Gymnasiums verstärkt diese Entscheidungsschwierigkeiten. Ausgehend von den preußischen Schulreformen unter *Wilhelm von Humboldt* entwickelte sich im 19. Jahrhundert das heutige Schulsystem mit den drei uns geläufigen Schularten zu „schichtspezifisch sozial-exklusiven Einrichtungen“⁸⁾. Der Volksschule fiel die Ausstattung der breiten Massen mit den für eine Industriegesellschaft not-

⁴⁾ Helmut Schelsky, Die Bedeutung des Berufs in der modernen Gesellschaft, in: Ders., Auf der Suche nach Wirklichkeit, Düsseldorf und Köln 1965, S. 246.

⁵⁾ Ebd., S. 246.

⁶⁾ Leila Sussmann, Zusammenfassung des Berichterstatters, in: OECD (Hrsg.), Weltproblem Chancengleichheit (deutsche Edition von Helga Thomas), Frankfurt-Berlin-München 1970, S. 35.

⁷⁾ Horst Siebert, Bildungspraxis in Deutschland, Schule und Erwachsenenbildung in der BRD und DDR im Vergleich, Düsseldorf 1970, S. 12.

⁸⁾ Ebd., S. 33.

wendigen Grundkenntnissen des Lesens, Schreibens und Rechnens zu. Zusätzlich „kultivierte sie ein eigenes Elitebewußtsein mit dem selbstgeschaffenen Idealbild vom schlichten, einfachen, kernigen, urwüchsigen, gesunden und volkstümlichen Menschen“⁹⁾. Die Realschule vermittelte „Realien“, praktisch verwertbares Wissen für das selbständige, handwerkliche und kaufmännische Kleinbürgertum, während das Gymnasium mit dem Ziel zweckfreier Bildung, der Entwicklung der Innerlichkeit und des harmonischen Menschen sowie der Vorbereitung auf die Universität dem Großbürgertum vorbehalten blieb.

Noch 1958 wurde diese Dreiteilung in der Bundesrepublik positiv begründet: Sie entspreche sowohl dem „Aufbau der modernen Arbeitsgesellschaft“ als auch den „drei großen Verantwortungsschichten“ der Nation; sie entspreche genau den drei Typen der „anordnenden“, „vermittelnden“ und „ausführenden Begabung“¹⁰⁾. 1959 machte sich der Deutsche Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen diese Deutung zu eigen¹¹⁾. Derart auch offiziell als schichtspezifische Institution deklariert, kann es nicht erstaunen, daß das Image des deutschen Gymnasiums auf bestimmte soziale Gruppen abschreckend wirkt und eine affektive Distanz zwischen diesem Schultyp und den unteren Sozialschichten, den Vertretern der „ausführenden Begabungen“, schafft.

Zum Charakter des deutschen Gymnasiums gehört ferner die spezifische Stellung dieser Institution im Bildungssystem der Bundesrepublik. Dieses Bildungssystem ist faktisch polarisiert zwischen Volksschule und Universität. Das Gymnasium hat nur einen sehr geringen beruflichen Eigenwert. Sein Bildungsabschluß, das Abitur, hat nur im Öffentlichen Dienst und beim Militär die positive Funktion des Einstiegs in eine gehobene Laufbahn, dem dann eine Spezialausbildung folgt. Im privatwirtschaftlichen Bereich ist das Abitur als formale Voraussetzung für den Beruf und ohne eine Zusatzausbildung weitgehend wertlos. Zusatzausbildungen sind hier die kaufmännische Lehre und das Hochschulstudium. Wer aber mit dem Abitur die Eintrittskarte zur Universität besitzt, begnügt sich kaum noch mit einer anschließenden Lehrausbildung. Bisher gingen ca. 90% der Abiturienten zur Hochschule.

Somit bereitet das Gymnasium fast exklusiv auf die Hochschule vor. Es hat den Charakter einer Durchgangsstation zu einem Ausbildungsgang, an dessen

Ende die höheren Weihen des „Akademikertums“ erteilt werden – in Deutschland traditionell eine Personengruppe mit sehr hohem und verklärtem Sozialprestige. Wer sich für das Gymnasium entscheidet, muß – und wird es normalerweise – das Hochschulstudium mit einkalkulieren. Dies hat die folgenden Konsequenzen: Es müssen der beträchtliche Zeitaufwand der Ausbildung sowie die hohen Folgekosten des Schulbesuchs, die Studienkosten, bedacht werden; ein Eindringen in die Sphären des Akademikertums muß vorstellbar sein.

Zeitlich und auch emotional leidet der Gymnasialbesuch einen Bildungs- und Ausbildungsgang ein, der sich in seinen vielfältigen Konsequenzen für „Ungeübte“ und „Unerfahrene“ in der Ferne verliert, diffus und kaum mehr überschaubar ist.

b) Leistungsmessung, Übergangsempfehlungen und elterliche Reaktionen

Die sozial siegrierenden Wirkungen unseres Schulsystems verdichten sich am wirkungsvollsten in zwei Elementen der Übergangssituation: der Schulleistungsmessung und der Lehrerempfehlung sowie in den elterlichen Reaktionen auf diese Empfehlungen.

Der Eintritt in die weiterführende Schule ist in unserem Bildungssystem an die Leistungsfähigkeit des Schülers gebunden. Sie findet ihren Ausdruck in den Schulnoten und in einer Übergangsempfehlung. In beiden Fällen schneiden im allgemeinen die Kinder aus Arbeiter- und Bauernfamilien wesentlich schlechter ab als die Kinder anderer Berufsgruppen¹²⁾. Nun darf es als empirisch erwiesen gelten, daß Schichtzugehörigkeit positiv korreliert mit durch Testverfahren gemessener Intelligenz: Je höher die soziale Schicht, desto höher der Intelligenzquotient der Kinder¹³⁾. Dies ist jedoch nur die halbe Wahrheit: Die konventionelle Leistungsmessung durch Notengebung benachteiligt die Kinder aus unteren Sozialschichten über die vorhandenen Intelligenzdefizite hinaus. So ergab z. B. ein Vergleich zwischen Schultestergebnissen und dem Lehrerurteil, daß 90% der Kinder von leitenden Angestellten und freiberuflich Tätigen, die nach den Testergebnissen für die weiterführende Schule geeignet waren, von ihren Lehrern auch als geeignet empfohlen wurden. Kinder von un- und angelernten Arbeitern wurden – bei gleichen Testergebnissen – jedoch nur zu 54 % empfohlen; bei Facharbeitern lag der Prozentsatz bei 60 %¹⁴⁾.

Es läßt sich also bei den Lehrern tendenziell ein unbewußtes Vorurteil in der Leistungsbewertung von Arbeiterkindern nachweisen. Die Gründe liegen vorwiegend in der mittelständischen Herkunft der Volksschullehrer, durch die Erwartungsnormen der Mittelschicht wie Selbständigkeit, gute Ausdrucksweise und sicheres Auftreten an die Schüler herangezogen werden, Normen, die z. T. für die Leistungsbeurteilung irrelevant sind, dieses Urteil aber trotzdem färben. Verstärkt wird diese Tendenz durch die offizielle Anforderung an die Lehrer, bei der Übergangsempfehlung zusätzlich zu den bisher erbrachten Leistungen „Eignung, Neigung und der Wille des Kindes zur geistigen Arbeit insgesamt“¹⁵⁾ zu berücksichtigen.

Findet eine schichtspezifische Selektion schon durch die Zensurengebung und die Empfehlungen des Grundschullehrers statt, so wirkt die Reaktion der Erziehungsberechtigten auf diese Zensuren und Urteile

⁹⁾ Hans Scheuerl, Die Gliederung des deutschen Schulwesens. Gutachten Nr. 2 des Deutschen Bildungsrats, Stuttgart 1968, S. 97.

¹⁰⁾ Heinrich Weinstock, Der Bildungsnotstand der höheren Schule, in: Frankfurter Hefte Nr. 11 (1958), S. 167; zitiert bei Scheuerl, a. a. O., S. 101.

¹¹⁾ Vgl. Scheuerl, a. a. O., S. 101.

¹²⁾ Nach Abschluß des Schuljahres 1971/72 wurden in Baden-Württemberg als „vorbehaltlos geeignet“ für die Realschulen und Gymnasien bezeichnet: Genau drei Viertel aller Kinder von Akademikern, 57 % bzw. 51 % der Kinder aus Beamten- und Angestelltenfamilien, hingegen gerade jedes dritte Arbeiter- und Bauernkind (29 % bzw. 33 %). Vgl. Hans Loreth, Ausbildung und Elternhaus, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl 21 (1973), 106.

¹³⁾ Vgl. z. B. Otmar Preuß, Soziale Herkunft und die Ungleichheit der Bildungschancen. Eine Untersuchung über das Eignungsurteil des Grundschullehrers, Weinheim-Berlin-Basel 1970; Walter Ferdinand, Zum Problem der Intelligenzförderung von Kindern aus den sozialen Grundschichten. Schulpsychologische Beratungsstelle der Landeshauptstadt Düsseldorf, Düsseldorf 1966; für England: J. E. Floud, A. H. Halsey und E. M. Martin, Social Class and Educational Opportunity, London-Melbourne-Toronto 1958.

¹⁴⁾ Vgl. Preuß, a. a. O., S. 53-59.

¹⁵⁾ Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 9. 12. 1960: zit. bei Karlheinz Ingenkamp, Möglichkeiten und Grenzen des Lehrerurteils und der Schultests, in: Heinrich Roth (Hrsg.), Begabung und Lernen. Gutachten Nr. 4 des Deutschen Bildungsrats, Stuttgart 1969, S. 413.

als ein weiterer sozialer Filter. Während ein positives Lehrerurteil bei Kindern von Akademikern, leitenden Angestellten und Beamten fast automatisch zum Übergang des Kindes in die weiterführenden Schulen führt, ist dieser Automatismus in den unteren Berufsgruppen nicht zu beobachten.

Diese häufig festgestellte Tatsache wird durch die jüngsten Zahlen aus Baden-Württemberg wieder bestätigt: Nach Abschluß des Schuljahres 1971/72 gingen bei guten schulischen Leistungen 99% der Akademikerkinder und zwischen 92 % und 94 % der Kinder von Angestellten, Beamten und Selbständigen (ohne Landwirte) auf die Realschule und das Gymnasium. Dagegen blieb fast ein Fünftel der Arbeiter- und Bauernkinder (17% bzw. 20%) auf der Hauptschule. Bemerkenswert ist ferner, daß Akademiker, Beamte und An-

gestellte das Gymnasium bevorzugen, Arbeiter und Landwirte, wenn sie sich für die weiterführende Schule entschieden haben, eher die Realschule wählen¹⁶⁾.

Aber auch bei einem ablehnenden Lehrerurteil ist der Übergang nicht grundsätzlich verbaut; nur besteht die zusätzliche Hürde einer Aufnahmeprüfung, mit der die Grundschulempfehlung korrigiert und übergangen werden kann. Die schichtspezifischen Verhaltensweisen in dieser Entscheidungsphase lassen sich wie folgt resümieren: Je höher die soziale Schicht, desto weniger wird das Lehrgutachten akzeptiert, desto häufiger wird versucht, die eigenen Bildungsvorstellungen für das Kind notfalls auch gegen das Gutachten der Grundschule durchzusetzen. Wieder läßt sich dieser Sachverhalt mit den Zahlen aus Baden-Württemberg anschaulich belegen:

Tabelle 1:

Übergang von Kindern mit „weniger guten“ Schulleistungen durch eine Aufnahmeprüfung Ende des Schuljahres 1971/72 in Baden-Württemberg, nach sozialer Herkunft* (in %)

Schultyp	Arbeiter	Landwirte	Angestellte	Beamte	Akademiker	Selbständige	Insgesamt
Hauptschule	84,8	86,2	65,0	63,2	29,7	68,5	76,6
Realschule	12,0	11,6	21,1	20,3	13,5	19,9	15,2
Gymnasium	3,2	2,1	13,9	16,5	56,8	11,6	8,2
% =	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
n =	42 898	6191	17 759	3414	1866	8417	80 545

* ohne Wiederholer, die in allen Berufsgruppen 1–2 % ausmachen.

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach den Zahlen von Loreth, a. a. O., S. 106

Die beiden Extremgruppen bilden zweifellos die Akademiker und die Arbeiter/Landwirte. Nach dem „zweiten Anlauf“ finden wir 57% der eigentlich „ungeeigneten“ Akademikerkinder in der Sexta wieder, dagegen nur 3,2% bzw. 2,1 % der Arbeiter- und Bauernkinder.

Dieses Verhalten ist häufig als „Bildungsunwilligkeit“ der Arbeiter bezeichnet worden. Wir halten diese Interpretation für nicht gerechtfertigt. Wenn Arbeiter ihre Kinder trotz Eignung für eine Sekundärschule auf der Hauptschule lassen, darf dies nicht ohne weiteres als Desinteresse an weiterführender Schulbildung identifiziert werden. Vielmehr scheint sich in diesem Verhalten eine generelle Verhaltungsunsicherheit auszudrücken. Selbst bei Arbeitereltern, die den Schritt zur Sekundärschule für ihre Kinder gewagt haben, herrscht das Bewußtsein eines risikoreichen Schrittes vor: „Die Entscheidungssituation ist für fast *alle* Eltern der Grundschicht unklar, unsicher, ambivalent“¹⁷⁾.

3. Das subkulturelle Milieu als Bildungsbarriere

In dieser Entscheidungsunsicherheit der Arbeiter sehen wir einen Ausdruck besonderer Lebensumstände, die wir als subkulturelles Milieu bezeichnen wollen.

Der Begriff der Subkultur bezeichnet eine Teilkultur innerhalb einer Gesellschaft, einer Gesamtkultur. Sub-

kulturen umfassen Personengruppen mit ähnlichen Einstellungen und Verhaltensweisen, Wert- und Normvorstellungen sowie Erlebens- und Verhaltenshorizonten. Für die unteren Berufsgruppen läßt sich ein „subkulturelles Milieu der Arbeiter“ identifizieren. Einzelne Elemente dieses, von Mittel- und Oberschicht abweichenden Milieus sind z. B.: ein auf die Gruppe der Arbeitskollegen, Verwandtschaft und Nachbarschaft ausgerichtetes Netz sozialer Kontakte mit Abschließungstendenzen gegenüber der weiteren sozialen Umwelt; ein hoher Grad solidarischen Handelns in den Primärbeziehungen; eine geringe Teilnahme an sekundären Gruppen wie Klubs, Vereinen und politischen Organisationen; geringe geographische Mobilität; eine an der Welt der Erwachsenen orientierte Familienstruktur, die den Wünschen des Kindes wenig Beachtung schenkt; ein Erziehungsstil, der nicht auf Selbständigkeit zielt, sondern auf die Einhaltung äußerer Normen und Disziplin dringt; die widersprüchlich anmutende Erscheinung des väterlichen Autoritarismus und des „Unterschichten-Matriarchats“; ein eigener Sprachstil, der nicht kognitiver Anregung und Differenzierung, sondern wesentlich der Bestätigung der Gruppensolidarität dient¹⁸⁾.

Dieses subkulturelle Milieu hat die Tendenz, sich durch Sozialisationsprozesse im Kindheits- und Erwachsenenalter ständig neu zu reproduzieren. Unter dem Stichwort der „bevorzugten“ und „benachteiligten Adoleszenz“ soll der zirkelförmige Verlauf dieser Sozialisationsprozesse am Beispiel eines Gymnasiasten und eines Hauptschülers modellhaft angedeutet werden.

¹⁶⁾ Vgl. Loreth, a. a. O., S. 107.

¹⁷⁾ Heinrich Popitz, Die Ungleichheit der Chancen im Zugang zu höherer Schulbildung, in: Ludwig von Friedeburg (Hrsg.), Jugend in der modernen Gesellschaft, Köln und Berlin 1965, S. 400.

¹⁸⁾ Vgl. Ulrich Oevermann, Schichtspezifische Formen des Sprachverhaltens und ihr Einfluß auf die kognitiven Prozesse, in: Heinrich Roth (Hrsg.), a. a. O., S. 304-309.

a) Gymnasialbesuch als bevorzugte Adoleszenz

Durch den Übergang zur weiterführenden Schule und insbesondere zum Gymnasium werden eine Reihe von bedeutungsvollen Weichen gestellt:

— Es ist eine Entscheidung für einen weiten Bereich gehobener Berufspositionen und Berufsfelder gefallen, ohne den Beruf selbst festzulegen. Für die Entwicklung des Jugendlichen wirkt sich diese Offenheit positiv aus: In dem schwierigen Stadium der Pubertät und Identitätsfindung ist er vom frühzeitigen beruflichen Entscheidungszwang befreit und kann seine Interessen und Fähigkeiten entwickeln. Er lebt im gesellschaftlichen Schonraum „Schule“, in dem Aktivitäten den Charakter des Probehandelns haben. Gegenüber der Ernstsituation des Arbeitslebens handelt er in seinem Status als Lernender im Wortsinne „verantwortungslos“.

- In dem verlängerten Moratorium zwischen Kindheit und Erwachsensein, das der Gymnasialbesuch darstellt, erwirbt der Schüler Qualifikationen, die über das reine Stoffwissen hinausgehen. Allein schon durch die Länge des formalen Trainings lernt er das „Lernen des Lernens“, das ihn für die Zukunft zu lebenslanger intellektueller Aufnahmereitschaft und zur Verarbeitung neuartiger Umweltreize befähigt. Es ist dies ein Aspekt, den *Dahrendorf* mit dem Begriff der „extrafunktionalen Fertigkeiten“ umschrieb. Diese Fertigkeiten sind „nicht in erster Linie auf die rein technischen Ansprüche von Arbeitsprozessen bezogen, sondern auf deren organisatorischen und sozialen Zusammenhang“¹⁹). Sie beinhalten z. B. Anpassungsfähigkeit an sich ändernde technologisch-organisatorische Bedingungen, das Erfassen von Interdependenzen und komplexen Zusammenhängen, analytisch-abstraktes Denkvermögen und Verantwortungsbewußtsein.

Wenn man nun aber betrachtet, auf welche Berufsfelder und Berufspositionen das Gymnasium vorbereitet, vor allem unter Berücksichtigung eines sich anschließenden Universitätsstudiums, dann erweisen sich diese Qualifikationen für die künftigen Aufgaben des Gymnasiasten nicht mehr als extrafunktional, sondern als direkt-funktional: Sie sind wesentliche Voraussetzung und Bestandteil der Qualifikationen für mittlere und gehobene Berufspositionen. Sie stehen gleichrangig neben dem Fachwissen und repräsentieren einen wesentlichen Aspekt jener Weisungsmacht, die untere Berufsgruppen als Empfänger erfahren. In diesem Sinne läßt sich als eine Funktion der Sekundarschulbildung das Training von „Spezialisten für das Allgemeine“ hervorheben, während die traditionelle Berufsausbildung durch die Lehre zum „Spezialisten für das Spezielle“, zum Spezialwissen mit begrenztem Anwendungsbereich führt.

- Schließlich ist der Gymnasialbesuch für den Schüler selbst gratifizierend und stellt ein wichtiges und sozial anerkanntes Mittel zu einer positiven Selbstdefinition und Identität dar. Hier wird wiederum die Bedeutung des Gymnasialbesuchs als Selbstzweck, als prestigebildendes Handeln deutlich, auf das wir an anderer Stelle verwiesen.

¹⁹) Vgl. Ralf Dahrendorf, Industrielle Fertigkeiten und soziale Schichtung, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 8 (1956), S. 554.

²⁰) Vgl. z. B. Willy Strzelewicz, Hans-Dietrich Raapke und Wolfgang Schulenburg, Bildung und gesellschaftliches Bewußtsein, Stuttgart 1966, S. 65, 69, 148-149, 158-160, 188; Ruth Klockhaus, Ein Beitrag zur Analyse politischer Apathie, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 22 (1970), S. 522.

b) Hauptschulbesuch und Lehre als benachteiligte Adoleszenz

Ganz anders verläuft nun die Entwicklung eines Hauptschülers. Im Alter von 15 bis 16 Jahren verläßt er das System des formalen, nicht berufsspezifisch gezielten Trainings. Im ungünstigen Falle beginnt für ihn als un- oder angelehnter Arbeiter das Berufsleben. Er verläßt den Schonraum Schule zu einem Zeitpunkt, in dem sich seine Interessen und Fähigkeiten noch nicht klar herausbilden konnten und seine berufsmäßige Identität nicht entschieden war. Nach den z. T. unbewußt vermittelten Vorstellungen der Eltern sowie dem Informationsstand seiner gleichaltrigen Freunde, die sich in der gleichen sozialen Situation befinden, nach seinen bisher bruchstückhaft entwickelten Interessen und dem regionalen Angebot an Lehrstellen tritt er in den meisten Fällen eine Lehre an. Zumindest drei Faktoren werden von jetzt ab wirksam:

- Mit dem Verlassen der Hauptschule steht sein niedriger Status des „Gebildetseins“ in Form eines fast lebenslangen, kaum veränderlichen, fast zugeschriebenen Merkmals fest.

- Da die sich anschließende Lehre überwiegend aus praktischen Tätigkeiten besteht, der theoretische Unterricht der Berufsschule nur eine geringe Rolle spielt, ein Anhängsel der Arbeit ist (und als solches empfunden wird), wird der Jugendliche von weiterem theoretischen, formalen Training ausgeschlossen. Es ist dies ein Bruch von großer Bedeutung für sein späteres Leben, denn es hat sich herausgestellt, daß die Dauer formaler Ausbildung der wichtigste Einflußfaktor für eine Reihe von Einstellungen und Verhaltensweisen wie Lern- und Weiterbildungsbereitschaft und für kulturelle und politische Interessen ist²⁰).

- Die vielleicht folgenreichste Konsequenz ist die frühzeitige Sozialisation in die Ernstsituation der Arbeit. Der Jugendliche befindet sich in hierarchisch strukturierten Arbeitsorganisationen in einem Unterordnungsverhältnis mit starkem Anpassungsdruck. Aufgrund seines Alters, der Tatsache, daß er sich in einer Lern- und Entwicklungsphase befindet, ist eine starke Persönlichkeitsprägung durch die erlebte Arbeitssituation zu erwarten.

c) Typen der Lehrausbildung und ihre Konsequenzen

Die Sozialisationswirkungen der Lehre sowie die Berufsfelder und die Arbeitsbedingungen, zu denen sie führt, müssen jedoch nach der Art der Lehre differenziert werden. Es macht einen wesentlichen Unterschied, ob der Jugendliche eine handwerklich-industrielle oder eine kaufmännisch-administrative Lehre absolviert. Die erste Art der Berufsausbildung führt in die Sphäre der Handarbeit, die zweite in ein Feld von Berufen, das – bei allen notwendigen Einschränkungen – im Prinzip durch „Geistesarbeit“ charakterisiert ist.

Die industriell-handwerkliche Lehre endet mit dem Gesellen- bzw. Facharbeiter-Status. Für den Gesellen im Handwerksbereich besteht noch die Möglichkeit einer Meisterprüfung, die eventuell auch noch die vage Möglichkeit des Selbständig-Werdens bietet. Noch eingegrenzter sind die Möglichkeiten eines Facharbeiters. Für die knappen Vorarbeiter- und Werkmeisterpositionen reicht als Qualifikation reines Fachwissen schon nicht mehr aus. Es werden hier extrafunktionale Fertigkeiten verlangt — Umgang mit Menschen,

Erfassen von Zusammenhängen, Planungsvermögen und dergleichen —, auf die weder die Hauptschule noch die Lehre vorbereitet haben.

Die große Majorität der Facharbeiter bleibt auf diesen Berufsstatus beschränkt. Aufstiegschancen über die Handarbeitsbarriere hinaus bestehen kaum. Im Gegenteil, der Facharbeiterstatus beinhaltet sogar beträchtliche Risiken der sozialen Sicherheit: Unter den gegenwärtigen Bedingungen raschen technologischen und damit beruflichen Wandels kann der Facharbeiter heute nicht davon ausgehen, seinen Beruf und seine soziale Stellung als für die Dauer seines Erwerbslebens gesichert anzusehen. Die hohe Quote der Berufswechsler und die wachsende Notwendigkeit von Umschulungsmaßnahmen bezeugen diese Gefährdung der Berufsqualifikationen²¹⁾.

Eine ähnliche Unsicherheit ist bezeichnend für die Entwicklung des Arbeitereinkommens: Der junge Arbeiter erreicht zwar sehr schnell sein Höchsteinkommen und kann es durch Akkord- und Überstundenarbeit in seiner aktivsten Arbeitsphase steigern. Gegen Ende des Berufslebens verschlechtert sich jedoch sein Lebensstandard, sein Einkommen sinkt²²⁾.

Am Arbeitsplatz beschränkt sich seine Tätigkeit primär auf den Umgang mit Materialien, mit Dingen und Sachen. Die Funktion abstrakten Wissens erfährt er überwiegend als auf ihn gerichtete Weisungsmacht anderer. Auch wenn er — als Facharbeiter — bei der Ausübung seiner spezifischen Tätigkeit einen relativ großen Autonomiespielraum haben sollte, bleibt die Tatsache seiner unteren Einstufung in die Betriebs-hierarchie, starker institutioneller Kontrollen, eines hohen Maßes von Abhängigkeit und Unterordnung und weniger eigener Handlungsalternativen bestehen.

Diese verschiedenen Aspekte seiner Arbeitssituation führen zu einer „Reduktion von Erfahrungsmöglichkeiten“ (*Oevermann*) und zur Verengung des Erlebnishorizonts, die auf verschiedene Einstellungs- und Verhaltensbereiche ausstrahlen und sich tendenziell in einem „dichotomischen“ Gesellschaftsbild äußern: Durch seine feste Verankerung in den unteren Berufsgruppen der Handarbeitsberufe, aus denen herauszukommen er keine Möglichkeiten sieht und wofür fak-

tisch auch keine Chance besteht, sieht er die Gesellschaft dichotomisch, bestehend aus zwei Gruppen von Menschen, zwischen denen eine kaum überbrückbare Kluft existiert: „denen da oben“ und „uns“, „them“ und „us“, „ceux qui sont en haut“ und „en bas“²³⁾. Dieses Gesellschaftsbild weist fatalistische und resignative Züge auf, geprägt durch die eigene Lebens- und Berufserfahrung.

Die kaufmännische Lehre führt zu Berufsfeldern mit qualitativ anderen Anforderungen und Berufserfahrungen. Die Tätigkeit, für die sie ausbildet, richtet sich weniger auf Dinge und Materialien, sondern auf die Bearbeitung von Symbolen und den Umgang mit Menschen. Bei allen Veränderungen, die Büroarbeiten durch Rationalisierung, Maschineneinsatz und die Anwendung elektronischer Datenverarbeitung durchlaufen, handelt es sich hier doch primär um „Kopfarbeit“. Diese Tätigkeiten und Arbeitsobjekte erfordern ein stärkeres Maß an Abstraktionsvermögen und bezeugen für den Berufstätigen die wichtigen Funktionen abstrakten Denkens und Wissens.

Die vom Handarbeiter unterschiedene und in ihrer Effizienz weniger meßbare Tätigkeit wird nach Abschluß der Lehre in einer anderen arbeitsrechtlichen Stellung, dem Angestelltenstatus, sichtbar. In ihm kristallisieren sich typischerweise ein gehobeneres Sozialprestige, ein in der Zukunft höheres Einkommen und größere soziale Sicherheit. Anders als der gelernte Industriearbeiter sieht er eine Stufenleiter von gehobenen Positionen vorsieh und Karrierechancen, die — obwohl objektiv meist gering — subjektiv sehr weitreichend erscheinen. Sein hierarchisches Gesellschaftsbild resultiert aus der Sicht beruflicher Aufstiegsmöglichkeiten, die durch eigenes Verhalten, eigene Anstrengungen und Leistungen beeinflussbar sind — oder zumindest erscheinen.

Diese unterschiedlichen Sozialisierungserfahrungen in Schule, Ausbildung und Beruf gehen dann später in die Erziehung der eigenen Kinder ein. Für die Gruppe der Arbeiter und der unteren Berufe ergibt sich ein Milieu, das nur wenig intellektuelle Anregungen bietet und das Kind nur mangelhaft mit den in allen Schularten geforderten Leistungsnormen und Motivationen ausstattet. Tritt es in die Grundschule ein, ist es bereits gegenüber seinen Mitschülern aus anderen Schichten sprachlich, motivational und kognitiv benachteiligt. Dies findet dann z. T. seinen Ausdruck in schlechteren Schulleistungen. Die gegenüber dem Sekundarschulsystem ängstlichen und weitgehend uniformierten Eltern ihrerseits tendieren zu negativen Übergangsentscheidungen selbst da, wo die Leistungen des Kindes ausreichen. Damit ist der zirkelförmige Prozeß der subkulturellen Selbsterhaltung zu seinem Ende bzw. zu einem neuen Anfang gekommen²⁴⁾.

4. Bildungspolitische Möglichkeiten und Grenzen

Das Übergangsproblem sowie die aus der Berufswelt geprägten Einstellungen und Motivationen sind die wichtigsten „Bildungsbarrieren“. Die erste Barriere läßt sich durch bildungspolitische Maßnahmen noch am ehesten abbauen. Die Erfahrungen anderer Länder mit besseren Schulsystemen, insbesondere mit der egalitären Einheitsschule beweisen dies: In den USA beträgt der Anteil von Arbeiterkindern unter den College-Absolventen ca. 30 %²⁵⁾. Noch stärker als die

²¹⁾ So übten 1964 in der BRD 20 % aller Männer mit einer Lehrausbildung Funktionen von un- und angelernten Arbeitern aus. Vgl. Hans Hofbauer, Werner Dadzio und Paul König, Ober den Zusammenhang zwischen Ausbildung und Beruf bei männlichen Erwerbspersonen, Teil II, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, H. 4 (1970), S. 354-379. — Zur Umschulungsproblematik vgl. Rüdiger Pintar, Arbeitsmarkt und Umschulung, Bericht Nr. 4 des Instituts zur Erforschung sozialer Chancen, Köln, Juli 1973 (vervielfältigt). Vgl. die Kurzfassung dieses Berichts unter demselben Titel in: Soziale Welt 25 (1974), S. 37-70.

²²⁾ Für Zahlen vgl. Martin Osterland u. a., Materialien zur Lebens- und Arbeitssituation der Industriearbeiter in der BRD, Frankfurt 1973.

²³⁾ Vgl. die zusammenfassende Darstellung der ausländischen Literatur zu diesem Thema bei Ralf Dahrendorf, Dichotomie und Hierarchie, in: Ders., Gesellschaft und Freiheit, München 1962, S. 163-175.

²⁴⁾ Die Anwendung des Subkultur-Konzepts mit allen seinen Implikationen auf das Bildungsverhalten von Arbeitern würde bedeuten, daß eine hohe Bildungs- und Aufstiegs motivation in dieser Gruppe ein Element des abweichenden Verhaltens, abweichend von Normen und Werten des eigenen subkulturellen Milieus, enthält. Danach wären schon rein theoretisch Sanktionen aus der Mitgliedschaftsgruppe gegenüber dem Abweichenden zu erwarten, und in der Tat entspricht die Realität in Teilen dieser theoretischen Überlegung: Bekannte Äußerungen über Arbeitereltern mit Kindern auf dem Gymnasium, „die Eltern wollten hoch hinaus“, und die korrespondierende Angst dieser Eltern vor Meidung und Diskriminierung durch Verwandte, Nachbarn und Arbeitskollegen, dazu eine geheime Furcht der Eltern selbst, ihre Kinder könnten sich von ihnen entfremden, sind Ausdruck sozialer Kontrolle und informeller Sanktionen sowie des Gefühls nichtkonformen Verhaltens.

²⁵⁾ Vgl. z. B. Seymour M. Lipset und Reinhard Bendix, Social Mobility in Industrial Society, London-Melbourne-Toronto 1959, S. 97; R. A. Mulligan, Social Characteristics of College Students; in: American Sociological Review 18 (1953), S. 305 ff.

amerikanischen secondary schools entspricht die zehnklassige polytechnische Oberschule der DDR dieser egalitären Einheitsschule. Für 1966 weisen hier die Statistiken einen Anteil von Arbeiterkindern im Hochschuldirektstudium von 38,2 % aus²⁶⁾.

Allerdings zeigen die Erfahrungen der sozialistischen Länder auch, daß Schulsysteme und -reformen allein die angestrebte Chancengleichheit nicht ermöglichen können. In diesen Ländern wurden Aufbau und Inhalt des Schulsystems völlig umgestaltet und Arbeiter- und Bauernkinder besonders gefördert und bevorzugt. Trotzdem wurden die selbstgesteckten Ziele nicht erreicht: Nach sowjetischen Quellen setzte sich die Studentenschaft des mittleren Ural zu 44,3% aus Arbeiter- und zu 52% aus Angestelltenkindern zusammen, während der Arbeiteranteil an der Gesamtbevölkerung mit 70%, der der Angestellten mit 28% angegeben wurde²⁷⁾. 1958 kamen an den höheren Schulen Moskaus 60 % der Schüler aus der Intelligenz- und Funktärsschicht²⁸⁾.

Ohne permanente Oberprivilegierung von Arbeiter- und Bauernkindern scheint sogar eine Tendenz zur neuerlichen Verfestigung früherer Strukturen der Schülerschaft stattzufinden: Ohne daß das Ziel einer proportionalen Beteiligung aller Sozialschichten im Bildungssystem je erreicht wurde, ist seit 1960 in der DDR ein Rückgang des Anteils von Arbeiterkindern im Studium zu verzeichnen. Ihm steht ein außerordentlich hoher und wachsender Anteil von Kindern aus der „Intelligenz“ auf den Universitäten gegenüber: 1966 stellte die „Intelligenz“ mit vier Prozent der Bevölkerung 30 % aller Studenten der DDR²⁹⁾.

Die Beispiele zeigen die starken selektiven Wirkungen des sozio-kulturellen Milieus, die sich unabhängig von Gesellschaftsform und -Ideologie herausbilden. Die Ursache dieser Subkulturbildungen sehen wir in unterschiedlichen Inhalten und Organisationsformen der Arbeit in modernen Industriegesellschaften. Die Wirkungsweise einiger dieser Einflüsse werden wir im folgenden mit unseren eigenen Untersuchungsdaten belegen³⁰⁾.

5. Methodischer Ansatz der Untersuchung und Auswahl der Befragten

Unsere eigenen Daten stützen sich auf insgesamt 1348 Interviews mit Vätern mit mindestens einem Kind im 5. Schuljahr, d. h. in den Eingangsklassen der

²⁶⁾ Vgl. Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen und Bundesminister des Inneren, Vergleichende Darstellung des Bildungswesens im geteilten Deutschland, Bundestagsdrucksache V/4609, Bonn 1969, S. 37. Zur etwas problematischen Definition „Arbeiterkind“ vgl. die Anmerkungen zu den angegebenen Zahlen: ebd., S. 37.

²⁷⁾ Vgl. Wolfgang Mitter, Verlängerung der Schulpflicht in der Sowjetunion im Spannungsfeld von Allgemeinbildung und Berufsbildung, in: Hermann Rohrs (Hrsg.), Die Schulreform in den Industriestaaten, Frankfurt 1971, S. 172.

²⁸⁾ Detlev Glowka, Schulreform und Gesellschaft in der Sowjetunion 1958-1968, in: Saul Robinsohn (Hrsg.), Schulreform als gesellschaftlicher Prozeß. Ein internationaler Vergleich, Stuttgart 1970, S. 3/109.

²⁹⁾ Vgl. Klaus Dieter Mende, Schulreform und Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik 1945-1965, in: Robinsohn (Hrsg.), a. a. O., S. 2/95. – Zwischen 1960 und 1966 verringerte sich der Anteil der Arbeiterkinder in allen Studienformen (Hochschuldirektstudium und -fernstudium) von 39,2 % auf 31,1 %; im gleichen Zeitraum stieg der Anteil der Kinder aus der Intelligenz von 17,8 % auf 30,2 Vo. Vgl. Mende, a. a. O., S. 2/153.

³⁰⁾ Die Hauptausführungen zu dieser Fragestellung sind dem Teil II des Forschungsberichts „Arbeit, Beruf und Bildungsverhalten“ vorbehalten.

³¹⁾ Vgl. Axel Bolder, Die Wahl des Ausbildungsweges. Ihre strukturellen und sozioökologischen Bedingungen in Nordrhein-Westfalen, Bericht Nr. 5 des Instituts zur Erforschung sozialer Chancen, Köln, September 1973 (vervielfältigt).

Hauptschule, der Realschule oder des Gymnasiums. Die Befragung wurde in der Zeit von November 1971 bis Mai 1972 in fünf ausgewählten Regionen Nordrhein-Westfalens (NRW) durchgeführt. Die Auswahl ist nicht repräsentativ, da ein wesentliches Untersuchungsinteresse dem Einfluß sozio-ökologischer Faktoren auf das Bildungsverhalten galt³¹⁾ und die Auswahl der Befragten diesen Aspekt zu berücksichtigen hatte:

Für die 367 Gemeinden Nordrhein-Westfalens mit mindestens einer weiterführenden Schule wurden die Basisdaten von fünf vorgegebenen Kontextvariablen mittels EDV über den Median dieser Basisdaten dichotomisiert. Nach diesem Vorgehen war jede Gemeinde charakterisiert als Groß- oder Kleinstadt, als verstädtert oder nicht verstädtert, mit hohem oder niedrigem Arbeiteranteil und Verschulungsgrad, mit Groß- und Kleinbetrieben.

Von den insgesamt 32 möglichen Merkmalskombinationen, denen die Gemeinden zugeordnet werden konnten, waren zwölf nicht besetzt. Aus den verbleibenden 20 Gemeindegruppen wurden fünf als im Sinne des Forschungsinteresses wichtige Gemeindetypen ausgewählt und hieraus jeweils eine Gemeinde per Zufallsauswahl ermittelt. Sie repräsentieren insgesamt 44,7 % der 367 Gemeinden.

Innerhalb der Gemeinden wurde, wenn sie mehr als eine weiterführende Schule enthielten, eine durch Zufallsauswahl bestimmt. Die halbierten Distanzen dieser Schule zu den nächstgelegenen weiterführenden Schulen und die Verbindung dieser Punkte ergaben den geographischen Einzugsbereich dieser Schule. Damit war die Befragtengruppe definiert: Es handelte sich um alle Eltern mit Kindern im 4. Schuljahr in allen Grundschulen innerhalb dieser Regionen. Die Adressen und Vaterberufe der Kinder wurden im Sommer 1971 den Klassenbüchern der Grundschule entnommen. Zum Befragungszeitpunkt befanden sich die Kinder im 5. Schuljahr, also in den Eingangsklassen der drei Schultypen.

Hinsichtlich der beruflichen Stellung der Befragten in unserer Auswahl sowie der entsprechenden Verteilung im gesamten Nordrhein-Westfalen ergeben sich die folgenden Differenzen:

Tabelle 2:
Berufstatus aller männlichen Erwerbstätigen in Nordrhein-Westfalen und in der Untersuchungsauswahl (ohne „Mithelfende Familienangehörige“) (in %)

Stellung im Beruf	NRW	Auswahl	Differenz
Arbeiter	54,9	50,8	— 4,1
Angestellte	26,5	26,0	— 0,5
Beamte	8,6	6,8	— 1,8
Selbständige	10,0	16,4	+ 6,4
% =	100,0	100,0	± 0,0
N =	4 701 213	1288	

Quelle: Zahlen für NRW aus der Berufszählung 1970; errechnet aus EDV-Listen des Statistischen Landesamtes NRW.

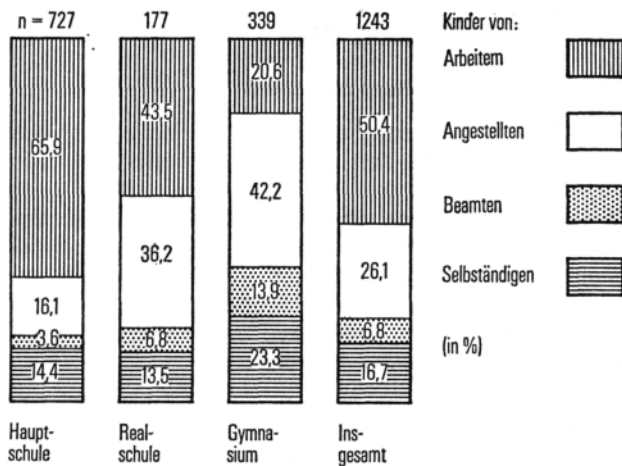
Die Gegenüberstellung zeigt eine leichte Unterrepräsentierung von Arbeitern, Angestellten und Beamten in unserer Auswahl gegenüber dem Durchschnitt in Nordrhein-Westfalen, dagegen einen mit 6,4% beträchtlich höheren Anteil Selbständiger. Dieser erhöhte Anteil ist auf die stark ländliche Struktur von zwei der fünf Regionen zurückzuführen. Die Interpretation der Ergebnisse hat diese Abweichungen zu berücksichtigen.

6. Der Einfluß demographischer Merkmale auf die Schulwahl

a) Die soziale Herkunft der Schüler in verschiedenen Schularten

Wenn wir unsere Daten nach Art der besuchten Schule und dem Berufsstatus des Vaters aufschlüsseln, erhalten wir ein Bild, das den bekannten Fakten über den geringen Anteil der Arbeiterkinder auf unseren weiterführenden Schulen im allgemeinen entspricht, das aber auf den ersten Blick wesentlich positiver ausfällt als erwartet.

Schaubild 1:
Die soziale Zusammensetzung der Eingangsklassen von Haupt-, Realschule und Gymnasium



Mit zunehmendem „Status“ des Schultyps sinkt der Anteil von Arbeiterkindern fast gleichmäßig um ca. 23 %. Fast zwei Drittel der Schüler in der ersten Hauptschulklasse kommen aus Arbeiterfamilien, in der Sexta ist es nur ein Fünftel.

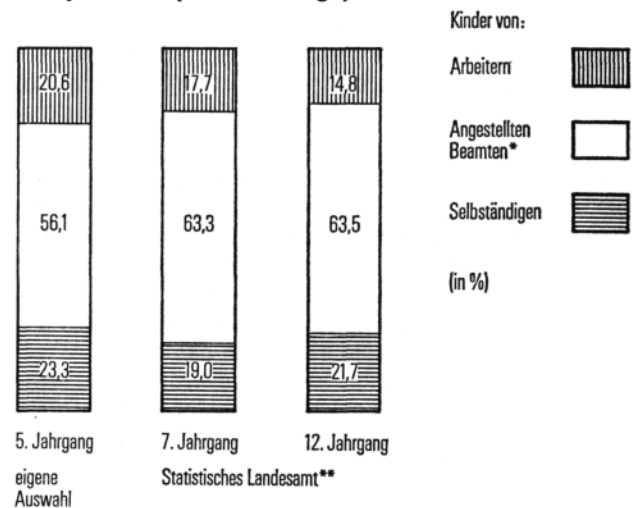
Das Bildungsverhalten der Angestellten und Beamten stellt fast eine Umkehrung der Zahlen über die Arbeiterkinder dar. Etwas ausgeglichener ist die Verteilung von Kindern der Selbständigen. Allerdings handelt es sich bei den Selbständigen um eine Mischkategorie, die sowohl ganz kleine Selbständige wie auch freiberufliche Akademiker umfaßt. Eine Aufsplitterung dieser Gruppe würde höchstwahrscheinlich eine starke Polarisierung zwischen Hauptschule und Gymnasium ergeben.

Das Schaubild ermöglicht eine Charakterisierung der drei Schularten: Eindeutig erweist sich die Hauptschule als die Schule der Arbeiterkinder; das Gymnasium wird dominiert von den Kindern der Angestellten und gehobenen Selbständigen. Allein in der Realschule sind alle vier Gruppen noch annähernd proportional ihrem Anteil in der Bevölkerung vertreten.

An der obigen Darstellung sind nun einige Einschränkungen vorzunehmen: Wir haben die Kinder der Befragten nach Art der besuchten Schule gruppiert und diese schulspezifischen Gruppen wie tatsächliche Schulklassen behandelt. Dies ist jedoch nicht ohne weiteres zulässig. Es handelt sich in unserer Auswahl um Kinder, die zwar im 4. Grundschuljahr in denselben Klassen waren, die dann aber, nach der Übergangsentscheidung der Eltern, auf verschiedene Schulen der drei Typen überwechselten. Hier stellten diese Schüler nur einen Bruchteil der neugebildeten Klassen; andere Gleichaltrige sind von anderen Schulen hinzugekommen. Unsere „Schulklassen“ sind somit Konstrukte, die nur dann in ihrer sozialen Zusammensetzung der Wirklichkeit entsprechen, wenn es sich bei unserer Auswahl um eine für Nordrhein-Westfalen repräsentative Zufallsauswahl handelte. Wie bereits aufgeführt, ist dies nicht der Fall. In unserer Auswahl waren Arbeiter-, Angestellte- und Beamtenkinder leicht unterrepräsentiert auf Kosten eines zu großen Anteils der Selbständigen. Unsere hypothetischen Schulklassen dürften also der Realität nicht ganz entsprechen: Wahrscheinlich werden wir in den tatsächlichen Eingangsklassen aller drei Schultypen eine geringere Zahl von Kindern Selbständiger finden, während die anderen Gruppen etwas stärker vertreten sein werden.

Eine genaue Überprüfung dieser Überlegung ist aus Mangel an geeigneten Vergleichszahlen in NRW nicht möglich. Es liegt allerdings eine Vollerhebung über die soziale Zusammensetzung des 7. und 12. Schuljahrganges an allen Gymnasien des Landes, also der Quartan und Unterprimen, vor. Ein Vergleich mit un-

Schaubild 2:
Soziale Herkunft der Schüler des 5., 7. und 12. Schuljahrganges an den Gymnasien Nordrhein-Westfalens, Frühjahr 1972 (ohne Sonstige)



* Angestellte und Beamte mußten aus Gründen der Vergleichbarkeit zusammengefaßt werden.

** Quelle: Statistisches Landesamt NRW: Ergebnisse über die soziale Herkunft der Schüler des 7. und 12. Schuljahrganges an Gymnasien; Stand: 1. Februar 1972, Düsseldorf, vervielfältigtes Manuskript.

In der Gegenüberstellung fügt sich unsere hypothetische Sexta recht gut in das Gesamtbild ein. Die nicht-proportionale Verteilung der drei sozialen Gruppen im 5. Schuljahr müßte zu kleinen Korrekturen dergestalt führen, daß der Prozentsatz der Kinder Selbständiger gesenkt, der der anderen Kinder leicht erhöht wird. Der Anteil der Arbeiterkinder könnte in

der Sexta dann bei ca. 22% liegen. In der Quarta wäre ihr Anteil dann um rund 5% gesunken und gegenüber der Unterprima noch einmal um 3% auf 15%.

Die Interpretation des abnehmenden Anteils von Arbeiterkindern mit steigendem Schuljahr ist schwierig, da hier nicht dieselbe Schülerpopulation zu verschiedenen Zeitpunkten ihres Schulschicksals verglichen wird, sondern in Form einer Momentaufnahme drei verschiedene Jahrgänge zum gleichen Zeitpunkt nebeneinander gestellt werden. Zwei, von uns nicht trennbare Faktoren könnten hier wirksam werden: Die Anteilsverringerung der Arbeiterkinder könnte auf eine hohe Quote vorzeitiger Schulabgänger zurückzuführen sein und/oder die Übergänge von Arbeiterkindern in die Sexta und die heutige Quarta könnten – als Erfolg der Bildungswerbung – größer gewesen sein als in den vorausgegangenen Jahren.

Die Untersuchungen Peiserts und seiner Mitarbeiter über den vorzeitigen Abgang vom Gymnasium in Baden-Württemberg³²⁾ zeigten, daß sich die Abgänge von Unterschichtkindern auf den 5. bis 10. Schuljahrgang, zum Teil ohne Mittlere Reife, konzentrierten, also in den ersten Gymnasialjahren liegen. Die Anteilsverringerung der Arbeiterkinder in den uns vorliegenden Daten kann demnach teilweise auf den vorzeitigen Abgang zurückgeführt werden.

Allerdings ist hier der zweite Einflußfaktor zu berücksichtigen, wonach unsere drei Klassen – Sexta, Quarta und Unterprima – Altersgruppen umfassen, die zu verschiedenen Zeiten in das Gymnasium eingetreten sind: 1971, 1969 und die Unterprimaner 1964. Nun liegt der Beginn der Bildungsdiskussion in der Öffentlichkeit und die anschließende Bildungswerbung in der Mitte der sechziger Jahre. Danach wären die heutigen Unterprimaner vor, die Quartaner und Sextaner nach diesem Zeitpunkt und damit unter veränderten Bedingungen in das Gymnasium eingetreten. Hätte die Bildungswerbung Erfolg gehabt, wäre der Anteil der Arbeiterkinder in den unteren Gymnasialklassen von vornherein größer gewesen, und eine große prozentuale Differenz zu den oberen Gymnasialklassen wäre nicht allein auf das Drop-out-Problem zurückzuführen.

Allerdings erscheint uns die Differenz von 2,9% zwischen Quarta und Unterprima unter Berücksichtigung des vorzeitigen Schulabgangs nicht als ein überzeugender Erfolgswachweis der bildungspolitischen Maßnahmen der letzten Jahre. Gewiß sind die Schülerzahlen auf den weiterführenden Schulen beträchtlich gestiegen und mit ihnen die absoluten Zahlen der Arbeiterkinder; eine wesentliche Anteilsveränderung zwischen den sozialen Schichten scheint jedoch nicht stattgefunden zu haben. Die Bildungswerbung scheint vielmehr die letzten Reserven der Mittelschicht mobilisiert zu haben.

Im Vergleich zu den entsprechenden Zahlen in Baden-Württemberg erscheinen unsere eigenen Daten auf den ersten Blick wenig glaubwürdig: Während in unserer Auswahl drei Viertel (75,5%) der Arbeiterkinder auf der Hauptschule blieben, sind es in Baden-

Württemberg nur knapp zwei Drittel (64,2%). Ähnliche Differenzen weisen die Gesamtübergänge am Ende des 4. Schuljahres auf: In Baden-Württemberg blieben nur 48,7% aller Schüler auf der Hauptschule, in unserer Auswahl dagegen 58,4%³³⁾.

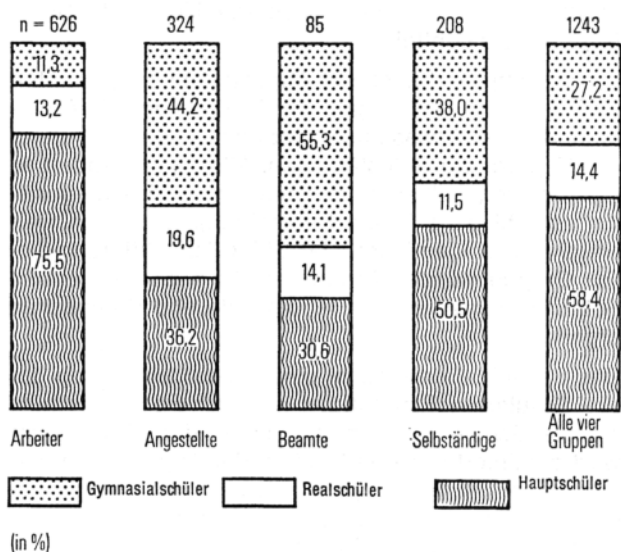
Diese Diskrepanzen lassen sich aber kaum aus der Eigenart unserer Auswahl herleiten. Vielmehr liegt hier ein Strukturunterschied zwischen den beiden Bundesländern vor, denn die „Zehn-Prozent-Diskrepanz“ ergibt sich auch aus der offiziellen Statistik beider Länder: Im Jahre 1971 betrug der Anteil der Hauptschüler unter allen Schulabgängern (nach Beendigung der Vollschulzeitpflicht) in NRW 72,9%, in Baden-Württemberg dagegen nur 62,6%³⁴⁾. Die Unterschiede sind darauf zurückzuführen, daß in NRW eine relativ kleinere Zahl Jugendlicher auf den Normalformen der Realschule und des Gymnasiums ausgebildet werden und dadurch der Hauptschulabschluß ein quantitativ größeres Gewicht erhält. Dagegen verschwinden die Unterschiede im Sekundarschulbesuch fast völlig, wenn die schulischen Sonderformen (Abendrealschulen und -gymnasien, Fachgymnasien, Kollegs usw.) berücksichtigt werden: In diesen Schulformen befinden sich in NRW ca. 10% der Jugendlichen. Die Differenzen zwischen unseren Daten und den Statistiken Baden-Württembergs sind demnach größtenteils auf die unterschiedliche Struktur der Schulsysteme in beiden Bundesländern zurückzuführen.

b) Die berufliche Stellung des Vaters

Die Zusammenfassung der Eingangsklassen der drei Schultypen zeigte den relativ geringen Anteil von Arbeiterkindern in den Sekundärschulen. Aber diese Darstellung ist noch positiv verzerrt. Erst unter Berücksichtigung der Verteilung von Arbeitern, Angestellten, Beamten und Selbständigen innerhalb der Gruppe der männlichen Erwerbstätigen wird das ganze Ausmaß der Ober- bzw. Unterrepräsentierung einzelner Teilgruppen ersichtlich.

Fragen wir nach dem Schultyp, den Eltern für ihre Kinder wählen, so ergeben unsere Daten folgendes Bild:

Schaubild 3:
Berufliche Stellung des Vaters und Schulbesuch der Kinder



³²⁾Vgl. Hansgert Peisert und Ralf Dahrendorf (Hrsg.), Der vorzeitige Abgang vom Gymnasium, Villingen 1967 (Bildung in neuer Sicht., Schriftenreihe des Kultusministeriums Baden-Württemberg. Reihe A, Nr. 6).

³³⁾Vgl. Loreth, a. a. O., S. 106.

³⁴⁾Errechnet nach den Angaben des Statistischen Jahrbuchs für die Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 1973, S. 90, Tabellen 2-4.

Die Gruppe unserer Sextaner bestand zu einem guten Fünftel aus Arbeiterkindern; das sind jedoch nur 11 % aller Arbeiterkinder unserer Auswahl. Noch eklatanter werden die Unterschiede beim Realschulbesuch: 44% aller Realschüler kommen aus Arbeiterfamilien, aber nur 13% der Arbeiterkinder sind Realschüler. Dagegen besuchen drei Viertel aller Arbeiterkinder die Hauptschule, die sich damit ganz deutlich als die „Schule der Arbeiter“ erweist.

Was sich in dieser Darstellung für eine soziale Gruppe negativ ausnimmt, bedeutet für die anderen Gruppen eine erhebliche Verbesserung ihrer im Schulklassenvergleich ohnehin schon günstigen Bildungssituation. Besonders die Zahlen für Beamte und Selbständige erhalten nun neue Bedeutung: Von 100 Sextanern kommen nur 14 aus Beamtenfamilien; jedoch sind über die Hälfte (55,3%) der Beamtenkinder allein auf das Gymnasium übergegangen. Zählt man die Realschüler hinzu, so befinden sich 7 von 10 Beamtenkindern auf den weiterführenden Schulen, nur drei auf der Hauptschule.

Ein ähnliches Bild bieten die Selbständigen: Jedes zweite Kind besucht nun eine weiterführende Schule, weit über ein Drittel allein das Gymnasium. Wie bereits erwähnt, umfaßt diese Gruppe zwei nicht vergleichbare Untergruppen, die kleinen Selbständigen einerseits und die freiberuflichen Akademiker und erfolgreichen Geschäftsleute auf der anderen Seite. Gerade die Akademiker favorisieren fast ausschließlich das Gymnasium, so daß der hohe Anteil der Kinder von Selbständigen sich wesentlich aus diesen Elternhäusern rekrutiert³⁵).

c) Schulbildung des Vaters

Erwartungsgemäß besteht ein enger Zusammenhang zwischen der Schulbildung des Vaters und der Art der Schule, die das Kind besucht:

Tabelle 3:
Schulbildung des Vaters und Schulbesuch des Kindes (in %)

Schultyp	Volksschule*	Realschule/ Gymnasium bis/einschl. mittl. Reife	Mehr als mittl. Reife einschl. Universität
Hauptschule	67,0	27,9	11,7
Realschule	14,1	24,4	4,3
Gymnasium	17,9	47,7	84,0
% =	100,0	100,0	100,0
n =	1028	111	94

p < 0,0001

* Die Kategorien enthalten alle Befragten bis/einschließlich den entsprechenden Bildungsabschluß.

Die Verhaltenstendenz der Väter mit mittlerer Schulbildung geht eindeutig zu den weiterführenden Schulen, wobei nicht die Realschule, sondern das Gymnasium den Vorzug erhält. A priori läßt sich nicht entscheiden, ob auch beim Gymnasialbesuch nur ein

³⁵) In Baden-Württemberg befinden sich von den Akademikerkindern: 83,6 % auf dem Gymnasium, 5,9% auf der Realschule und 7,4 % auf der Hauptschule (3,2 % Sonstige). Vgl. Loreth, a. a. O., S. 106.

³⁶) A. a. O., S. 591.

³⁷) Vgl. Melvin L. Kohn, Class and Conformity. A Study in Values, Homewood, Ill., 1969.

³⁸) Vgl. Horst Kern und Michael Schumann, Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein, Teil I, Frankfurt 1970, S. 139-140.

mittlerer Abschluß in Form der Fachhochschulreife angestrebt wird. Wahrscheinlich weisen die Bildungsziele jedoch über diesen Abschluß hinaus. Andere Untersuchungen legen diesen Schluß nahe. So stellten *Strzelewicz, Raapke* und *Schulenburg* fest, daß fast jeder von ihnen befragte Mann mit mittlerer Schulbildung sich schulisch benachteiligt fühlte³⁶).

Dieses Gefühl relativer Benachteiligung ist eine wichtige Voraussetzung für die Wahl eines Bildungsziels, das über den eigenen Bildungsstatus hinausgeht. Das Bewußtsein relativer Benachteiligung kann jedoch nicht allein aus einem niedrigen Bildungsstatus resultieren, sondern nur in Kombination mit anderen Variablen. Das Zusammenwirken mehrerer Einflußgrößen und ihre unterschiedlichen Verhaltenskonsequenzen zeigt sich, wenn wir die Bildungsvoraussetzungen der Väter konstant halten und nur Väter mit Volksschulbildung nach ihrer beruflichen Stellung und ihrem Bildungsverhalten untersuchen:

Tabelle 4:
Berufliche Stellung der Väter mit Volksschulbildung und Schulbesuch der Kinder (in %)

Schultyp	Arbeiter	An- gestellte	Beamte	Selb- ständige
Hauptschule	76,2	49,0	38,9	63,2
Realschule	12,5	20,1	19,4	14,7
Gymnasium	11,3	30,9	41,7	22,1
% =	100,0	100,0	100,0	100,0
n =	594	204	36	136

p < 0,001

Bei gleichen Schulbildungsvoraussetzungen erweist sich der Angestellten- und Beamtenstatus als ein wichtiger Einflußfaktor auf die Bildungsmotivation. Diese Einflußgröße beinhaltet zumindest zwei Einzelaspekte:

a) Angestellte und Beamte befinden sich typischerweise in einer anderen Arbeits- und Berufssituation als Arbeiter und Selbständige, die in diesem Falle überwiegend zu den kleinen Selbständigen zählen dürften. Ihre Arbeit trägt — trotz z. T. weitgehender Mechanisierung der Bürotätigkeit und des Einsatzes elektronischer Datenverarbeitung — immer noch wesentliche Züge der Geistesarbeit: Die Be- und Verarbeitung von Zeichen und Symbolen, z. T. verbunden mit verbaler Kommunikation. Es konnte empirisch nachgewiesen werden, daß die Ausführung derartiger Tätigkeiten zu Mittelschichtorientierungen und -verhalten führt³⁷). Dieselbe Untersuchung weist ebenfalls nach, daß die Handarbeit, der Umgang mit handgreiflichen Dingen und Materialien, Einstellungs- und Verhaltensmuster erzeugen, die für soziale Unterschichten eher typisch sind und die wir oben angedeutet haben.

Der Arbeiterstatus ist normalerweise mit Handarbeit assoziiert. Lediglich in den neu entstehenden Tätigkeiten der Automatenkontrolle und der Meßwarentätigkeit findet eine Verschiebung zur Symbolverarbeitung statt. Dies ist auch gleichzeitig der Punkt, in dem der Arbeiterstatus in den des Angestellten hinübergleitet. Informationen darüber, inwieweit dies Auswirkungen auf Einstellungen und Verhalten hat, liegen noch kaum vor³⁸).

b) Angestellte und Beamte agieren in Arbeitsorganisationen, in denen Berufspositionen hierarchisch geordnet und Karriere- und Aufstiegsmöglichkeiten zumindest im Prinzip gegeben sind. Soziale Distanzen zu anderen Positionsinhabern innerhalb der Organisation sind vielfältig abgestuft, persönlicher Kontakt zu hierarchischen Höherstehenden nicht nur möglich, sondern durch die Organisation der Arbeit oftmals notwendig und normal. In derartigen Situationen kann eine Identifikation mit Inhabern höherer Positionen relativ leicht erfolgen. Diese können verhältnismäßig leicht zu Aspirationsgruppen werden und damit die Bildungsziele für die eigenen Kinder mitbeeinflussen. Dagegen ist für den Arbeiter der Vergleich seiner eigenen Situation mit der der Angestellten und Beamten erschwert durch die in der Organisation der Arbeit begründeten, nur marginalen Kontaktmöglichkeiten mit Inhabern dieser Berufspositionen. Die für Arbeiter im Arbeitsalltag bedeutsamen und notwendigen ranghöheren Kontaktpersonen sind der Vorarbeiter und der Meister, ehemals Arbeiter wie er selbst. Die verschiedene Art der Tätigkeit sowie die durch institutionelle Gegebenheiten bedingte personelle Trennung zwischen Arbeitern und Beamten und Angestellten lassen eine fundamentale Distanz der Arbeiter zu den beiden anderen Gruppen vermuten, die zu überbrücken emotional und kognitiv äußerst schwierig und unwahrscheinlich sein dürfte. Diese Distanz, durch die Angestellte und Beamte außerhalb des Bezugsrahmens, der Vorstellungswelt des Arbeiters liegen, wurde bereits vor einiger Zeit durch *Heinrich Popitz* und andere sichtbar gemacht. Als ein Ergebnis ihrer Untersuchung über das gesellschaftliche Bewußtsein der Arbeiter stellten sie fest: „Die Mehrzahl der Befragten scheint überhaupt... (dem) Thema ‚Angestellte‘ völlig fern zu stehen. Tenor und sachlicher Gehalt ihrer Stellungnahmen weisen darauf hin, daß die Büroangestellten selbst – sieht man von Privilegien ab – nicht zu engagierten Wertungen oder besonderen Reflexionen herausfordern“³⁹).

Das Fehlen von Vergleichspersonen und realistischer Maßstäbe zur Bewertung der eigenen Situation erschweren das Entstehen eines Gefühls der Benachteiligung, welches zu geeigneten Verhaltensweisen der Anpassung der tatsächlichen an die erstrebte Situation führen könnte.

d) Berufsausbildung des Vaters

Idee und Begriff der Aspirationsgruppen könnten auch eine Erklärung bieten für den auffallenden Unterschied im Bildungsverhalten innerhalb der Gruppe der Arbeiter: In Übereinstimmung mit anderen Untersuchungen zeigen unsere Daten, daß Facharbeiter stärker zur weiterführenden Schule tendieren als un- und angelernte Arbeiter (vgl. Tabelle 5). Für die Un- und Angelernten können die Facharbeiter noch den Charakter einer Aspirationsgruppe besitzen. In diesem Falle wäre die Lehrausbildung ihrer Kinder ein geeignetes Aufstiegsmedium. Der Facharbeiter selbst hat seine Aufstiegsmöglichkeiten innerhalb seiner Berufsgruppe im wesentlichen ausgeschöpft und muß, falls er Aufstiegsambitionen für das Kind hat, neue Mobilitätskanäle suchen.

³⁹) Heinrich Popitz, Hans Paul Bahrdt, Ernst August Jüres und Hanno Kesting, *Das Gesellschaftsbild des Arbeiters*, Tübingen 1957, S. 119. — Trotz der beobachtbaren Annäherungstendenzen von Arbeiter- und Angestelltenstatus ist die emotionale Kluft zwischen den beiden Gruppen nach wie vor groß: Vgl. Horst Kern und Michael Schumann, a. a. O., S. 242, 283.

Tabelle 5:
Ausbildung der Arbeiter und Schulbesuch ihrer Kinder (in %)

Schultyp	un-/angelernt	gelernt
Hauptschule	81,8	72,2
Realschule	9,9	14,9
Gymnasium	8,3	12,9
% =	100,0	100,0
n =	181	404

p < 0,05

In unseren Ausführungen über die bevorzugte und die benachteiligte Adoleszenz wiesen wir auf die Art der Lehre und ihre Bedeutung für die Prägung von Einstellungen und Verhaltensweisen hin. Wir vermuteten, daß die industriell-handwerkliche Lehre mit der Handarbeit als dominierender Tätigkeitsart tendenziell zu bildungsfeindlichem Verhalten führt, während eine Ausbildung im kaufmännisch-administrativen Bereich eine positivere Haltung gegenüber der Sekundarschulbildung fördert. Die Untersuchungsdaten bestätigen diese Überlegung:

Tabelle 6:
Berufliche Stellung des Vaters mit Volksschulbildung und Lehrausbildung und Schulbesuch des Kindes (in %)

Schultyp	Arbeiter	Angestellter	Beamter	Selbständiger
Hauptschule	72,2	50,3	42,9	52,3
Realschule	14,9	19,9	14,2	18,6
Gymnasium	12,9	29,8	42,9	29,1
% =	100,0	100,0	100,0	100,0
n =	404	161	14	86

p < 0,001

Allen vier Berufsgruppen sind die Merkmale „Schulbildung“ und „Berufsausbildung“ gemeinsam. In den Schulpräferenzen läßt sich jedoch ein deutlicher Bruch zwischen den Arbeitern und den Nicht-Arbeitern beobachten. Die letzteren drei Gruppen differieren hinsichtlich der Schulbesuchsquoten nur geringfügig (wobei das Verhalten der Beamten wegen ihrer geringen Zahl in dieser Tabelle lediglich Tendenzen angeben kann, die sich aber in das bisherige Gesamtbild gut einfügen). Bemerkenswert sind die Schulpräferenzen der Selbständigen, die nach dieser Aufschlüsselung erstmals ein den Angestellten und Beamten ähnliches Verhalten zeigen.

Allerdings veranlaßt uns das Verhalten der Selbständigen, die als Handwerker z. T. noch selbst Handarbeit leisten, zur Modifikation unserer These über die Wirkungen der industriell-handwerklichen Lehre und insbesondere der Wirkung von Handarbeit auf Einstellungen und Verhalten im Bildungsbereich: Aus einer handwerklich-industriellen Ausbildung ergeben sich negative Einflüsse auf die Schulwahl vor allem dann, wenn diese zu einem abhängigen Arbeitsverhältnis, zum Arbeiterstatus führt. Der Selbständigenstatus hebt diese negativen Wirkungen tendenziell auf.

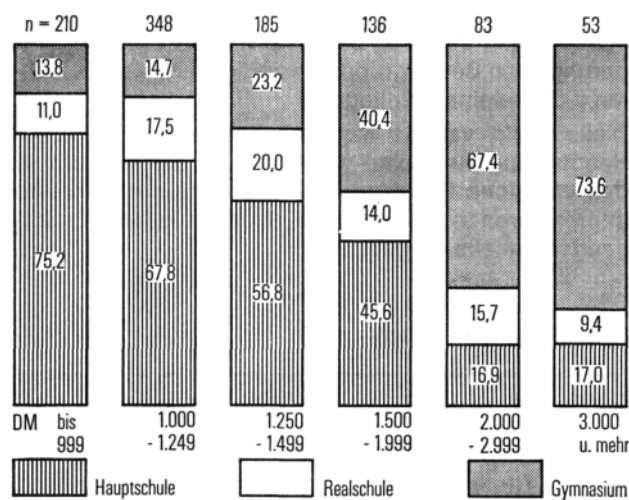
7. Sekundarschulbildung – eine Kostenfrage?

Eine der kontroversen Erklärungen für die niedrigen Schülerzahlen der unteren Sozialschichten im Sekundarschulsystem ist das Argument fehlender finanzieller Mittel. Die bisherigen Forschungsergebnisse sind nicht eindeutig. Jedoch läßt sich als allgemeiner Trend den vorliegenden Untersuchungsergebnissen entnehmen, daß ökonomische Gründe kaum ein direkter Hinderungsgrund für die Bezieher niedriger Einkommen sind, ihre Kinder auf weiterführende Schulen zu schicken.

a) Einkommen, Kostenerwartungen und Schulwahl

Unsere Daten zeigen eine ganz klare Beziehung zwischen der Höhe des monatlichen Nettoeinkommens und dem Schulbesuch:

Schaubild 4:
Monatliches Nettoeinkommen des Haushaltsvorstandes und Schulbesuch der Kinder (in %)



Mit zunehmendem Einkommen wächst der Gymnasialbesuch; der Hauptschulbesuch geht zurück⁴⁰). Der Zusammenhang erhält erhöhte Bedeutung, wenn man sich vor Augen hält, wer die Bezieher der niedrigen Einkommen tatsächlich sind. Von den Arbeitern befinden sich in der Einkommensklasse „1000 bis 1249 DM“ allein 48,7 %. 93,7 % aller in unserer Auswahl enthaltenen Arbeiter kommen über ein Einkommen

⁴⁰) Es ist jedoch darauf hinzuweisen, daß der mit dem Einkommen ansteigende Gymnasialbesuch durch die unterschiedlich weiten Einkommensklassen optisch etwas verzerrt wird.

Tabelle 7:
Anteile der Kinder, die in den einzelnen Einkommensklassen eine weiterführende Schule besuchen, nach beruflicher Stellung des Vaters

Stellung im Beruf	DM											
	bis 999		1.000–1.249		1.250–1.499		1.500–1.999		2.000–2.999		3.000 u. mehr	
	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.
Arbeiter	20,6	28	27,8	72	29,0	29	16,6	5	–	–	–	–
Angestellte	38,1	18	49,3	35	63,9	39	73,7	47	88,2	30	91,6	11
Beamte	100,0	1	37,5	3	61,6	8	66,6	14	89,3	19	100,0	8
Selbständige	18,5	5	20,0	2	36,4	4	38,1	8	90,9	20	80,5	29
Im Durchschnitt	24,8	(62)	32,2	(112)	43,2	(80)	54,4	(74)	83,1	(69)	83,0	(44)

von monatlich 1499 DM nicht hinaus. In diesen Einkommensbereich fallen jedoch nur 61,4% der Angestellten, 30,6% der Beamten und 37,7% der Selbständigen. Die im Durchschnitt niedrigeren Arbeiter-einkommen könnten demnach schon eine Rolle im Schulentscheid spielen.

Wenn wir das Einkommen konstant halten, d. h. die Anteile der Kinder von Arbeitern, Angestellten usw. auf weiterführenden Schulen in denselben Einkommensklassen betrachten, wird das Argument fehlender finanzieller Mittel als eine Barriere für den Besuch weiterführender Schulen durch Arbeiterkinder aber bereits sehr entwertet (vgl. Tabelle 7).

Greifen wir nur die Arbeiter und Angestellten in den unteren drei Einkommensklassen heraus, so zeigt sich, daß bei gleichem Einkommen die Angestellten wesentlich mehr Kinder auf einer weiterführenden Schule haben als die Arbeiter. Nur 20,6 % der Arbeiterkinder, deren Väter bis zu 1000 DM monatlich verdienen, finden wir auf der Sekundarschule, dagegen 38,1 % der Kinder von Angestellten. Mit höherem Einkommen steigt in beiden Gruppen der Prozentsatz der Kinder auf weiterführenden Schulen, jedoch liegen die Anteile der Angestellten immer wesentlich über denen der Arbeiter: In der typischen Einkommensklasse der Arbeiter, von 1000 bis 1249 DM, befindet sich nur ein gutes Viertel der Arbeiterkinder, dagegen fast die Hälfte der Angestelltenkinder auf einer Sekundarschule.

Untersuchungen des Einflusses von Einkommensverhältnissen auf Schulentscheidungen haben die Familiengröße, d. h. die Kinderzahl, zu berücksichtigen. Unsere Daten zeigen erwartungsgemäß, daß mit steigender Kinderzahl die Chance zum Besuch einer weiterführenden Schule sinkt, und zwar in allen Berufsgruppen. Die insgesamt schlechteren Schulchancen der Arbeiterkinder lassen sich jedoch nicht auf eine überdurchschnittlich hohe Kinderzahl in den Arbeiterfamilien zurückzuführen: Sie liegt mit 2,9 Kindern nur geringfügig über der durchschnittlichen Kinderzahl aller Familien (2,8). Auch ein Konstanthalten der Kinderzahl in den einzelnen Einkommensklassen der vier Berufsgruppen bringt die festgestellten, unterschiedlichen Schulpräferenzen nicht zum Verschwinden.

Kostenerwartungen und Befürchtungen können ein weiterer Abschreckungsfaktor für den Sekundarschulbesuch sein. Ober die Hälfte der Interviewten (55,6 %)

erwarteten zusätzliche finanzielle Belastungen durch den Besuch weiterführender Schulen. Ein knappes Viertel (23,5 %) erwartete keine Zusatzkosten, und 20,9 % wußten auf diese Frage keine Antwort. Wie die

folgende Aufschlüsselung zeigt, hat die Erwartung bzw. Nichterwartung zusätzlicher Kosten keinen Einfluß auf die Schulwahl, auch nicht in den einzelnen Berufsgruppen:

Tabelle 8:
Schulbesuch nach Kostenerwartungen (ja/nein) und berufliche Stellung des Vaters (in %)*

Schultyp	Arbeiter		Angestellte		Beamte		Selbständige		Insgesamt	
	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein
Hauptschule	71,1	69,2	34,4	29,6	22,7	28,0	47,2	42,0	53,0	47,9
Realschule	14,8	16,8	17,5	23,5	9,1	24,0	13,2	14,0	14,9	19,0
Gymnasium	14,1	14,0	48,1	46,9	68,2	48,0	39,6	44,0	32,1	33,1
% =	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
n =	304	107	189	81	44	25	106	50	643	263

* Die Differenzen in den Einzeltabellen sind statistisch nicht signifikant.

In ihrer Untersuchung über elterliche Schulwahlen in Basel stellten Hess, *Latscha* und *Schneider* fest, daß von Arbeitereltern die Höhe der finanziellen Belastungen eher geahnt als richtig eingeschätzt werden konnte⁴¹⁾. Nun gibt es auf eine derartige Frage keine eindeutige Antwort, da bestimmte Ausgaben mit den Konsumstandards der Familien variieren können. Deshalb überrascht es, daß unsere Befragten weitgehend übereinstimmende Kostenschätzungen abgaben, und zwar in allen vier Berufsgruppen: 30,4% aller Be-

fragten nannten einen Betrag zwischen 50 DM und 100 DM. Bei drei Vierteln aller Befragten gehen die Schätzungen über 100 DM nicht hinaus. Eine Aufgliederung nach Berufsgruppen erübrigt sich, da alle Zahlen dicht beieinander liegen.

Dieses Bild variiert nicht einmal wesentlich unter Hauptschul-, Realschul- und Gymnasiasten-Eltern in den einzelnen Berufsgruppen. Das uns am stärksten interessierende Beispiel der Arbeiter ist in der folgenden Tabelle dargestellt:

Tabelle 9:
Kostenschätzungen der Arbeiter nach dem Schultyp, den das Kind besucht (in %)

DM	Hauptschule	Realschule	Gymnasium	Insgesamt
bis 25	20,0	38,2	22,4	23,0
26 bis 50	26,8	21,4	23,8	25,0
51 bis 100	28,3	26,2	33,3	29,0
101 bis 200	14,2	7,1	11,9	13,0
200 und mehr	10,7	7,1	9,6	10,0
% =	100,0	100,0	100,0	100,0
n =	205	42	42	289

p < 0,70

Als Ergebnis dieser Überlegungen läßt sich festhalten, daß Arbeitereltern weder übertrieben hohe Kostenbefürchtungen mit der Sekundärschule verbinden und -nimmt man die Kostenschätzungen der Sekundärschülereltern als Maßstab — auch die Eltern der Hauptschüler recht genaue Vorstellungen über finanzielle Belastungen haben. Der Informiertheitsgrad zu dieser Frage ist eindeutig hoch.

b) Langfristige Kostenerwartungen

Nun hat das Gymnasium in unserem Schulsystem im Prinzip nur eine Vorbereitungsfunktion für die Universität. Mit dem erfolgreich bestandenen Abitur endet

eigentlich die Zeit der „kleinen Kosten“; die Zeitspanne sehr fühlbarer finanzieller Belastung durch die Studienkosten beginnt gerade zu diesem Zeitpunkt. Eltern, die heute den Gymnasialbesuch ihres Kindes erwägen, müssen sich — in Anbetracht des geringen beruflichen Eigenwerts des Abiturs — mit diesen außerordentlich hohen Folgekosten befassen.

Da diese Probleme für alle Befragten zum Befragungszeitpunkt in der Ferne lagen, läßt sich die Verhaltensrelevanz von Interviewaussagen zu diesem Thema heute nur sehr schwer abschätzen. Trotzdem zeigt die Beantwortung einiger Fragen zum Thema „Stipendienmöglichkeiten“ einige interessante Beziehungen zur Schulentscheidung:

Über vier Fünftel aller Befragten (82,3 %) bejahten die

⁴¹⁾Vgl. Franz Hess, Fritz Latscha und Willi Schneider, Die Ungleichheit der Bildungschancen. Soziale Schranken im Zugang zur höheren Schule, Olten und Freiburg 1966, S. 103-104.

Frage nach der Möglichkeit, Stipendien für ein Hochschulstudium erhalten zu können; kaum jemand verneinte sie, und 15% wußten hierauf keine Antwort. Der Prozentsatz der meinungslosen Arbeiter lag mit 20,2 % sehr hoch (10,2 % bei den Nichtarbeitern). Die Meinungslosigkeit der Arbeiterväter hat zur Folge, daß ein Gymnasialbesuch des Kindes so gut wie ausgeschlossen ist: Von den 113 Kindern dieser Gruppe besuchten nur zwei ein Gymnasium, dagegen 19 von 61 Kindern (31,1 %) in der entsprechenden Gruppe der Nichtarbeiter.

Das negative Bildungsverhalten der Arbeiterväter läßt sich weiterverfolgen bei der Frage nach der möglichen Höhe eines Stipendiums: War man in der Lage, eine Summe zu nennen – hier lag bei den Arbeitern die geschätzte Höhe etwas unter der der anderen Gruppen —, so war dies verbunden mit einem für Arbeiter recht hohen Anteil von Kindern auf dem Gymnasium, nämlich 20,8 %. Meinungslosigkeit in dieser Frage — und allein 38,8 % der Arbeiterväter konnten sich zu dieser Frage nicht äußern – reduziert den Anteil der Sextaner auf 9,8 %. Für die Gruppe der Nicht-Arbeiter spielt das Thema der Stipendienhöhe offenbar eine wesentliche geringere Rolle: 27,9% hatten zu dieser Frage keine genauen Vorstellungen; trotzdem befand sich genau ein Drittel ihrer Kinder auf dem Gymnasium.

Die Ergebnisse zur Frage, inwieweit finanzielle Überlegungen den Schulbesuch beeinflussen, lassen uns vermuten, daß in kurzfristiger Sicht, d. h. beim Sekundarschulbesuch, finanzielle Gründe kaum als bildungshemmende Faktoren wirksam sind. Da aber der Gymnasialbesuch bisher fast automatisch zum Hochschulbesuch führte, muß die Kostenproblematik wesentlich umfassender gesehen werden. Und an diesem Punkte der langfristigen und kaum abschätzbaren Folgekosten zeigen die von uns befragten Arbeiter große Unsicherheit und Informationslücken. Dieses Resultat steht in Einklang mit Ergebnissen aus Untersuchungen im Bereich der Erwachsenenbildung: Von ca. 70% der Befragten, die die Gleichheit der Bildungs-

Chancen verneinten, nannten wiederum 78% den Mangel an Geld als Hauptgrund. Dabei wurden die finanziellen Schwierigkeiten jedoch nicht so sehr bei den Grundkosten, sondern diffus als in der Zukunft mögliche und nicht vorhersehbare Belastungen befürchtet⁴²⁾.

8. Ausblick

Gegenwärtig ist der Anteil der Studenten aus Arbeiterfamilien an den Hochschulen der Bundesrepublik auf 11,5 % gestiegen. Vielleicht ist hiermit aber auch ein vorläufiger Höchststand erreicht. Unter den derzeitigen Hochschulbedingungen ist nicht auszuschließen, daß der Anteil in wenigen Jahren stagniert oder sogar zurückgeht: Die sich verschärfende Numerus-Clausus-Diskussion und der bisher praktizierte Vergabemodus der knappen Studienplätze nach Abiturnoten, bei denen oft Zehntelwerte über die Zulassung entscheiden, werden insbesondere auf die sozialen Schichten abschreckend wirken, die sich gerade erst mit der Möglichkeit eines Hochschulstudiums emotional und kognitiv vertraut gemacht haben. Die Notwendigkeit bzw. die beobachtete Praxis eines „Wartestudiums“, des vorläufigen Studiums einer nicht wirklich gewollten Fachrichtung und eines späteren Überwechseins in das eigentliche Studium sowie die Umwandlung der Studienförderung über Stipendien zu Darlehen wird vornehmlich die Arbeiter davon abhalten, ihre Kinder in einen kostspieligen und in der Belastungshöhe unübersehbaren Bildungsgang zu leiten.

Als eine vordringliche Maßnahme, die bisher erreichten Bildungschancen der Arbeiterkinder zu erhalten, sehen wir die baldige Reorganisation des Sekundarschulwesens sowie eine neue Zieldefinition und Funktionsbestimmung des Abiturs in Richtung auf berufliche Verwertbarkeit. Ober die Reichweite derartiger Reformen im Sinne größerer Chancengleichheit sollten wir uns jedoch keine übertriebenen Hoffnungen machen: Aus unseren theoretischen Erörterungen über Entstehung, Struktur und Erhaltung sozialer Milieusperren läßt sich jedoch jetzt schon ableiten, daß Chancengleichheit in der Bildung durch Reformen des Bildungssystems allein nicht erreichbar ist⁴³⁾.

⁴²⁾ Vgl. Strzelewicz, Raapke und Schulenburg, a. a. O., S. 134, 280-281.

⁴³⁾ Vgl. hierzu die fundierten und skeptischen Ausführungen über die Möglichkeiten und Grenzen der Chancengleichheit durch Bildung bei Christopher Jencks, Chancengleichheit, Reinbek bei Hamburg 1973.